

A decorative graphic consisting of a grid of dots in various shades of gray and red, arranged in a pattern that suggests a map of Europe.

Formulierung von Zukunftsbildern einer besseren Gesellschaft?

Politische Visionen und programmatische Leitideen der europäischen Sozialdemokratie

FELIX BUTZLAFF, MATTHIAS MICUS

September 2012

- Die sozialdemokratischen Parteien Europas befinden sich in einem Prozess der Neu- ausrichtung, der auch die Erarbeitung einer kohärenten Erzählung, welche die unzähligen tagespolitischen Einzelmaßnahmen überwölbt, einschließt.
- In ihren wirtschaftspolitischen Konzeptionen setzen auch und gerade die Sozialde- mokratien in wettbewerbsbasierten Konkurrenzdemokratien auf konkordanzdemo- kratische Kooperationsformen, wie etwa eine semantisch zur »Partnerschaft« ver- edelte institutionalisierte Zusammenarbeit von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.
- *Leistung* und *Verantwortung* sind die Dreh- und Angelpunkte auch der aktuellen sozialdemokratischen Gesellschaftskonzeptionen. Indem Leistung weitgehend mit Arbeit gleichgesetzt wird, haben sich die alten »Arbeiterparteien« unter dem Banner der Leistungsdoktrin in moderne »Arbeitsparteien ohne Arbeiter« verwandelt.
- In der kommunitaristischen Rückorientierung auf kommunale Vernetzung, politische Vorfeldarbeit und die Ermächtigung der Parteibasis zeigt sich eine der markantesten Veränderungen gegenüber den elitären und professionalisierten Wählerparteien des Dritten Weges.
- Die Debatten über Blue Labour und die Good Society stellen einen der spektakulär- sten und interessantesten Versuche zur Neukonzeption des Sozialdemokratischen dar, der zudem über die Grenzen überkommener Konfliktlinien und klassischer Gruppen- gegensätze hinausweist.



Inhalt

1. Einleitung	3
2. Rahmenbedingungen: Zukunftsentwürfe und Gegenwartskrisen	3
3. Die Krise und ein neuer Staat: Kapitalismus und Keynesianismus	4
3.1 Eine ethische Wirtschaftspolitik	5
3.2 Der Staat und seine Pilotfunktion	6
3.3 Neue Konfliktorientierung?	7
4. Europa und die europäische Ebene: Fluchtpunkte nationaler Interessen	8
4.1 Hoffnung der Eliten – Skepsis bei der Basis	9
4.2 Der Teufel im Detail	9
5. Freiheit, Gleichheit, Solidarität	10
6. Sozialdemokratische Utopie der Meritokratie	11
7. Folgenlosigkeit wohlklingender Grundwerte-Kataloge	12
8. Das <i>window of opportunity</i> von Thinktanks und Stiftungen als Ideengebern	13
8.1 Schwierige Situation und oft problematische Parteibeziehungen	15
9. Variationen einer neuen Erzählung	16
9.1 Kommunitaristisches Vernetzungsstreben	16
9.2 »Gute Arbeit« und Innovationen in der Vermittlungstätigkeit	17
9.3 Fortschrittsfragezeichen, der Mitbürgerwert und die Gleichheit	18
9.4 Blue Labour und die Good Society	19
9.5 Lokales, Tradition und Selbstorganisation	20
Literaturverzeichnis	23

1. Einleitung¹

Unseren Bericht über Organisationsreformen in mehreren sozialdemokratischen Parteien namentlich Westeuropas schlossen wir vor anderthalb Jahren mit einem Zitat Robert Misiks: »Wer keine Visionen hat, dem haucht kein Spin-Doktor Leben ein und dem nützt die beste Homepage nichts.« (Vgl. Micus 2010 und Butzlaff/Micus/Walter 2011) Wir wollten damit ausdrücken, dass unserer Ansicht nach ohne mobilisierende inhaltliche Perspektiven, ohne politische Visionen, ohne – um den SPD-Bundesgeschäftsführer von 1991 bis 1993, Karlheinz Blessing, zu zitieren – »konkrete Utopien« alle organisatorischen Innovationen wenig wert seien. Insofern forderten wir, zweifellos nicht sonderlich originell, die Sozialdemokraten dazu auf, sich darüber klar zu werden, was sie auf welchem Wege, mit welchen Mitteln und für welche Zielgruppe zu erreichen wünschen, wohin sie wollen, schließlich wie und mit wem sie dorthin gelangen möchten. Freilich diagnostizierten wir zugleich, dass es eben daran mangle, an konkreten Utopien und an Vorstellungen von neuen sozialdemokratischen Gesellschaftsentwürfen und Zukunftsprojekten (Vgl. Butzlaff/Micus/Walter 2011, sowie grundlegend Walter 2011).

Das war womöglich etwas falsch und vorschnell, weshalb wir die leichthändige Diagnose im Folgenden einer gründlichen Prüfung unterziehen wollen. Vorbereitend richteten wir den Blick abermals auf sozialdemokratische Parteien in mehreren Ländern, wobei der Fokus nunmehr ausschließlich auf Europa lag. Das europäische Ländersetz variierten wir ebenfalls leicht, insbesondere ergänzten wir die nord-, west- und südeuropäischen Sozialdemokratien der ersten Studie um osteuropäische Fallbeispiele, so dass in der vorliegenden Untersuchung neben Großbritannien, Schweden, Dänemark, den Niederlanden, Frankreich, Spanien und Italien auch Polen und Tschechien betrachtet werden. Unsere Fragestellung lautete, ob und wenn ja welche Sozialdemokratien auf der Grundlage von Zukunftsbildern einer besseren Gesellschaft »Neue Antworten in veränderter Zeit« zu geben vermögen – und, nicht zuletzt, wie diese Antworten lauten.

2. Rahmenbedingungen: Zukunftsentwürfe und Gegenwartskrisen

Zunächst lässt sich zeigen, dass das Bewusstsein von der Notwendigkeit, eine kohärente Erzählung zu besitzen, welche die unzähligen tagespolitischen Einzelmaßnahmen überwölbt, in sozialdemokratischen Kreisen weit verbreitet ist. Dies ist besonders ausgeprägt in Ländern wie Dänemark und Schweden, die einen Wohlfahrtsstaat gewohnt sind, von dessen Leistungen – jedenfalls in den meisten Fällen und bis in die jüngere Vergangenheit – alle Bürger gleichermaßen und unabhängig von ihrem Einkommen profitierten und der daher »universalistisch« genannt wurde. In Skandinavien äußert sich vor diesem ganzheitlichen Erfahrungshintergrund noch heute auch fernab der Sozialpolitik im engeren Sinn der Wunsch, das tagespolitische Kleinklein zugunsten ordnender Gesamtentwürfe zu überwinden oder zumindest in diese einzubetten. In Anbetracht einer zunehmenden Vielfalt von Soziallagen und individuellen Einstellungsmustern fordert der schwedische Politologe Bo Rothstein insofern folgerichtig eine Politik, die sich an der Idee des »universellen Menschen« und der »universellen menschlichen Rechte« ausrichtet und die sich im Unterschied zur »relativistischen, anti-empirischen (sogenannten postmodernen) Denkweise« durch eine Kombination von ideologischen Visionen über »das Gute« mit empirisch fundierten Untersuchungen darüber, »was möglich ist«, auszeichnet (Rothstein 2009).

Auch ganz allgemein sind die Umstände für parteipolitische Grundsatzdebatten aktuell günstig. Die Selbstvergewisserung über das gemeinsame Sinnen und Streben wird in der Regel durch Niederlagen bei Wahlen und demoskopische Zustimmungskrisen angeregt. Dies zeigt sich bei den polnischen Sozialdemokraten, die in unregelmäßigen Abständen programmatische Zirkel neu gründen oder die bestehenden programmatischen Plattformen der Partei reaktivieren – und deren Arbeiten aufgrund der situativen Antriebsmotive nicht zufällig in der Regel wieder einschlafen, bevor sie vorweisbare Ergebnisse zustande bringen konnten. Dieselbe Beobachtung lässt sich, vielleicht noch markanter, in Frankreich machen. Jedenfalls: Immer dann, wenn die französischen Sozialisten in der Krise stecken, fangen sie an, über sich selbst nachzudenken. Immer dann, wenn die Probleme besonders groß erscheinen, nimmt die intellektuelle Schlagzahl in der Partei zu, steigt die Intensität der Debatten, wird sinniert über das »Warum?«, werden Fragen

1. An dieser Studie haben darüber hinaus mitgewirkt: Bastian Brandau, Jens Gmeiner, Christoph Hermann, Daniela Kallinich, Danny Michelsen, Teresa Nentwig, Martin Polasek, Andreas Wagner, Julia Walter.

gestellt nach dem »Wer sind wir eigentlich?« und »Was wollen wir?«. Dass sich im Frühsommer 2012 in fast allen betrachteten Ländern – von Dänemark und Frankreich einmal abgesehen – die Sozialdemokraten in der Opposition befinden, dass sie dadurch die Möglichkeit haben, fernab gouvernementaler Zwangslagen über ihre elementaren politischen Absichten und Ambitionen zu rasonieren, sollte die Grundsatzdebatte ebenfalls befeuern.

Doch stellen sich hier sogleich leise Zweifel ein. Unmittelbar nach der vorangegangenen Wahlniederlage bei der Reichstagswahl 2010 – also in einem nach dem bisher Gesagten für Grundsatzdiskussionen idealen Umfeld – fand in Stockholm im April 2011 ein zweitägiges Seminar der FES und des Thinktanks Arbetarrörelsens Tankesmedja statt, welcher der Sveriges socialdemokratiska arbetareparti (Sozialdemokratische Arbeiterpartei Schwedens/SAP) nahesteht und in dem es um »Gerechtigkeit in der guten Gesellschaft« ging. Trotz dieses zentralen Themas und prominenter Referenten aus dem In- und Ausland war das Interesse der schwedischen Sozialdemokraten an der Tagung äußerst gering, was unter anderem damit erklärt wurde, dass sich die intellektuellen Instanzen zunehmend von der Partei abwenden würden und auch nicht mehr in ihren Vorfeldorganisationen (Landsorganisationen/LO, Arbetarnas Bildningsförbund/ABF) zu finden seien. Die polnischen Gegebenheiten dürften freilich die Verhältnisse in den westeuropäischen Ländern noch übertreffen. So fand bei einer Veranstaltung des SLD-nahen Zentrums für politische Analysen über das Buch *Projekt für Polen. Eine linke Perspektive* die geplante Diskussion darüber, wie sich der Kapitalismus denn demokratisieren lasse und ob der Begriff des Demokratischen Sozialismus tatsächlich schon überholt sei, nicht statt. Mit Ausnahme einer Reihe älterer Professoren hatten sich alle Teilnehmer der Veranstaltung gemeinsam mit dem damaligen Vorsitzenden des SLD, Grzegorz Napieralski, nach dessen Begrüßungsrede ans Buffet zurückgezogen. Ebenso wenig bezeugte die Präsentation von 60 »Vorschlägen« durch die Parti Socialiste im französischen Präsidentschaftswahlkampf nach 17 Jahren Opposition die Existenz eines bündelnden strategischen Ziels. Immerhin: Mitterrand hatte den Wählern 1981 sogar 110 »Forderungen« präsentiert.

3. Die Krise und ein neuer Staat: Kapitalismus und Keynesianismus

Nichtsdestotrotz finden in den verschiedenen sozialdemokratischen Parteien kontroverse Debatten und perspektivische Klärungsversuche statt, etwa über die wirtschaftspolitische Stoßrichtung. Dies nicht ohne Grund. Stehen in diesen Tagen doch die Parteien der europäischen Sozialdemokratie angesichts der Notwendigkeit, ein kohärentes und in sich schlüssiges Bild einer wünschbaren Welt und Gesellschaft von morgen zu entwerfen, besonders unter Zugzwang. Denn zum einen haben sich im Verlauf der Krise, in die Europa und große Teile der westlichen (Industrie-)Länder in mehreren Wellen seit 2008 hineingerutscht sind, innerhalb und außerhalb der Sozialdemokratie vernehmlich Stimmen erhoben, aus Anlass der Krise auch ganz grundsätzlich scheinbare Gewissheiten zu hinterfragen, selbst vor den tragenden Fundamenten der Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen nicht haltzumachen und noch einmal ganz neu zu beginnen mit der Frage, was die Sozialdemokratie von heute eigentlich ausmache.

Auf der anderen Seite aber – und das verkompliziert die Aufgabe einer Zukunftsbildentwicklung ungemein – hat dieselbe Wirtschaftskrise dazu geführt, dass die politische Machtperspektive von Parteien über große Strecken von ökonomischer Kompetenz und erfolgreichem Krisenmanagement abhängt. Dies bedeutet, dass viele Sozialdemokratien in der Krise eher darum bemüht waren (und sind), Praxistauglichkeit, Pragmatismus und zupackende Realitätsnähe unter Beweis zu stellen, gerade was die Wirtschafts- und Finanzpolitik anbelangt. So steht beispielsweise auch in der Zeit nach New Labour und Tony Blair in Großbritannien das Ziel der *fiscal credibility* an oberster Stelle (Wintour 2012). Und François Hollande hat, damals noch Präsidentschaftskandidat der französischen Parti socialiste (PS), in seiner Wahlkampagne über weite Strecken versucht, mit möglichst wenig Versprechungen auszukommen und als besonders realistisch aufzutreten, was die Haushaltslage und die Gestaltungsspielräume der Politik anbelangt. Allzu groß war die Angst, sich angreifbar zu machen und dem politischen Gegner Steilvorlagen für das Schüren alter Vorurteile über wenig disziplinierte sozialdemokratische Haushaltspolitiken und ungezügelt wachsende Schuldenberge zu liefern. Infolgedessen ist gegenwärtig in sozialdemokratisches Nachdenken über Zukunftsideen stets eine Realitätsbeschränkung eingebaut, wird das Rasonieren über

mögliche »bessere« Gesellschaften durch den permanent eingeforderten und vermeintlich zwingenden Ausweis, dass die Sozialdemokraten in Haushaltsfragen zuverlässig sind, von vornherein empfindlich eingeschränkt.

Der französische Politikwissenschaftler Laurent Bouvet spricht diesbezüglich von den »zwei Körpern« (*deux corps*) der Parti Socialiste, die im Widerspruch zueinander stünden. Dem »stofflichen« Körper, über den die PS via materieller oder bürokratischer Abhängigkeiten in den Gebietskörperschaften Anhänger und Unterstützung gewinnt, stehe der »mystische Körper« der Ideologie gegenüber (Poulet 2012). Bouvet nennt mit der politikpraktischen ebenso wie der weltanschaulichen Seite die zwei entscheidenden Pfeiler sozialdemokratischer Wähler- und Anhängeransprache. Er führt weiter aus, dass der Politikdiskurs der Partei »sehr bürokratisch« gefärbt sei und sich oft auf materielle Unterstützungsleistungen, Rechte oder Garantien beschränke, dass aber die seit 25 Jahren andauernden Diskussionen über die Bedeutung des Individuums die Idee und die Legitimität des staatlichen Handelns unter großen Druck gesetzt hätten. Die PS habe diese Spannung zwischen einem kollektiven, öffentlichen Projekt und individuellen Rechten bisher nicht auflösen können.

3.1 Eine ethische Wirtschaftspolitik

In der Neuaufstellung der englischen Labour Party nehmen das Thema Wirtschaft und das wechselseitige Verhältnis zwischen ökonomischer Sphäre, Staatsfunktionen und zivilgesellschaftlichem Sektor einen zentralen Raum ein. Zum einen zeigt sich auch hier das oben bereits erwähnte Spannungsfeld zwischen dem Wunsch, mittels ambitionierter Alternativkonzeptionen Zukunftsoptimismus zu verbreiten und dem wahrgenommenen Druck, im Angesicht der Krise Wirklichkeitssinn und Managementfähigkeiten vorweisen zu müssen. So weist der Parteivorsitzende Ed Miliband zwar einerseits darauf hin, dass es darum gehe, »a different kind of economy in the future« (Labour Party 2011: 8) zu schaffen. Gleichzeitig schränkt er aber die Reichweite dieser Forderungen durch die beschwichtigende Feststellung ein, dass man weniger Spielraum für politische Gestaltung habe. Im Ergebnis basiert der Entwurf einer neuen Wirtschaftsordnung bisher weitgehend auf Negationen: Man müsse dem »casino capitalism« Einhalt gebieten, das Land habe »no future as a low skill, low pay economy«, (Labour Party 2011: 8) die

»irresponsibility of an under-regulated finance sector« sei Ausdruck eines »short terminism«, der eine »Kultur des schnellen Geldes« (*fast buck culture*) hervorgebracht habe (Labour Party 2011: 6 und Miliband 2011a). Eine positive Erzählung indes lässt sich jedoch aus solchen Beobachtungen nicht ableiten.

Nichtsdestotrotz lassen sich aber gerade in den von der ökonomischen Krise besonders erfassten oder bedrohten Gesellschaften Diskursverschiebungen ausmachen, die sich durchaus abheben von den politischen Diskussionen vor dem wirtschaftlichen Einbruch. Anlässlich der eigenen wirtschaftspolitischen Vorstellungen hat der Labour-Vorsitzende vier Wertekomplexe vorgestellt, die für Labour wie für die britische politische Kultur und Gesellschaft tragend seien, was die Vorstellungen von gutem Wirtschaften anbelangt: *reward linked to effort*, *something for something*, *hard work* sowie *the long term* seien die zentralen Eckpfeiler. Hier wird versucht, ein ethisches Projekt für die Wirtschaftspolitik zu formulieren, das auf einem dezidierten Wertefundament basiert.²

Daraus leiten sich dann langfristige wirtschaftspolitische Ziele ab, nach denen die englische Wirtschaft umzustrukturieren sei. Banken sollen – *erstens* – durch Gesetzgebung und steuerliche Anreize motiviert und gedrängt werden, längerfristige Kredite zu vergeben und als »Diener« der Industrie und Gesellschaft zu fungieren. Dies solle durch ein Mehr an Wettbewerb *und* eine verstärkte Regulierung erreicht werden, staatliche Interventionen stehen also nicht per se im Widerspruch zur Konkurrenz des Marktes. *Zweitens* soll ein Denken in langen Fristen bei Unternehmen etabliert werden, wobei auch hier der Staat über steuerliche Stellschrauben regulierend eingreift, indem er *short-term behaviour* verteuert (Miliband 2012). Als *drittes* Ziel hat Miliband eines der Lieblingsthemen New Labours übernommen, wenn er die Notwendigkeit einer verbesserten Aus- und Weiterbildung der Arbeitnehmer unterstreicht (vgl. hierzu exemplarisch Michelsen und Walter 2011: 129–150). Mittels eines Abkommens zwischen Staat, Unternehmen und Beschäftigten sollen die qualifikatorischen Maßnahmen zukünftig besser koordiniert werden. Hier kommen abermals staatliche Anreize ins Spiel, etwa wenn öffentliche Aufträge nur an Firmen vergeben werden, die einen »Ausbildungspakt« unterzeichnet haben.

2. Die Postulierung dieser vier zentralen Wertvorstellungen wie der langfristigen wirtschaftspolitischen Ziele finden sich in Ed Milibands Leitansprache 2011.

Viertens bezieht Miliband die Forderung nach Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft, die Verpflichtung, der Gemeinschaft etwas zurückzugeben (*something for something*), auch auf die Einkommens-eliten, im Unterschied zu New Labour und Tony Blair, welche mit der Parole »responsibility« einseitig auf die arbeitslose Unterschicht zielten. Miliband spricht von »responsibility at the top as well as at the bottom« (Miliband 2012) und betont besonders die Bringschuld, die er bei der gesellschaftlichen Oberschicht sieht. Während New Labour die Verantwortung derjenigen besonders in den Fokus rückte, die als Empfänger staatlicher Unterstützungsleistungen auf die öffentliche Fürsorge angewiesen waren, weist Miliband den Spitzenverdienern Großbritanniens eine mindestens ebenso große Verantwortung für das Gemeinwesen zu. Es sei eben nicht irrelevant für den Rest der Gesellschaft, ob diese für exorbitante Gehälter auch außergewöhnliche Leistungen erbringen müssten und Verantwortung sowie – im Falle betriebswirtschaftlichen Scheiterns – auch eine Art Haftung übernehmen oder nicht (Miliband 2011b). Zu guter Letzt – und wiederum steht dabei eine aktive öffentliche Regulierungsfunktion im Mittelpunkt – möchte Miliband die staatliche Bekämpfung von Kartellen und solchen organisierten Interessen forcieren, die einzig ihren Privatnutzen im Sinn haben und gesamtgesellschaftlichen Interessen zuwider handeln.

Zusammen genommen weist Milibands Idee einer zukünftigen englischen Wirtschaftsform zahlreiche Berührungspunkte mit dem Rheinischen Kapitalismus auf. Schon im Herbst letzten Jahres war im *Economist* kritisiert worden, dass er »im Herzen« ein »Sozialdemokrat kontinentalen Typs« sei (o. V. 2011). Überhaupt taucht Deutschland als Vorbild für die Organisation der Ökonomie des Öfteren auf: Wenn es um ein Mehr an betrieblicher Mitbestimmung geht; um die Anstrengung, gut-bezahlte, gut qualifizierte Jobs in der Industrie zu halten; um die Vorstellung von insgesamt nicht allzu starken Einkommensunterschieden; oder mit Blick auf eine krisen-feste Organisation der Banken und Finanzwelt – Deutschland wird oft und gern als nachahmenswert bezeichnet (vgl. exemplarisch Labour Party 2011, Miliband 2010, Miliband 2012; vgl. auch Pierce 2012).

Bilanzierend fällt für Großbritannien vor allem eine deutlich gewachsene Sympathie für den aktiven, steuernden und eingreifenden Staat auf. Im Vergleich zu den Regierungsjahren unter New Labour ist die Terminologie

nicht mehr die eines schwachen, weitgehend passiven Staates, der jedem Bürger möglichst gleiche Chancen bereitzustellen hat, der sich ansonsten aber zurückzieht und deren individuelle Nutzung den Einzelnen überlässt, wobei die persönliche Leistungsbereitschaft den späteren Status begründet. Labour unter Ed Miliband spricht sehr viel mehr von einem *industrial activism*, vom *active government*, von der Investitionssteuerung und steuerlichen Anreizen, mittels derer nicht nur Chancen bereitgestellt, sondern auch das tatsächliche Verhalten gelenkt werden solle. Zwar bemüht man sich nach Kräften, dem Eindruck entgegenzutreten, man würde einem bevormundenden Staat das Wort reden, wie es Old Labour immer nachgesagt wird – so sollen beispielsweise Umverteilungen nicht in Form von Transferzahlungen erfolgen, sondern via höherer Spitzensteuersätze bei gleichzeitiger steuerlicher Entlastung der mittleren und unteren Einkommen. Die Privatisierungen verschiedener öffentlicher Aufgabengebiete, wie dies unter New Labour geschehen ist, sollen aber der Vergangenheit angehören. Es ist dies im Grunde genommen ein durch die Betonung fiskalischer Disziplin eingegerter Keynesianismus, auf dem diese Vorstellungen fußen.

3.2 Der Staat und seine Pilotfunktion

Eine im Vergleich gar noch stärker akzentuierte Staatsgläubigkeit lässt sich aus dem Programm der französischen Sozialisten herauslesen. Eine gestärkte Sensibilität für gesellschaftliche Entwicklungen, Impulse für wünschenswerte Änderungen sowie Ideen für die Wirtschafts- und Gesellschaftsformen der Zukunft sollen hier zu einem Großteil über die Schaffung neuer öffentlicher Institutionen angeregt werden. Die PS möchte auf diese Weise den staatlichen Einfluss wiederherstellen und durch ein stärkeres Eingreifen »le retour de l'État dans sa fonction de pilote industriel« (»die Rückkehr des Staates in seiner industriellen Pilotfunktion«) erreichen (Parti socialiste 2011).

In ihrem Programm für 2012 werden dem französischen Staat gleich vier zentrale Funktionen zugeschrieben, die dieser für die Gesellschaft zu erfüllen habe: Er solle – erstens – ein *État stratège* sein, ein planerischer Staat, der Probleme antizipiert und über ein Planungsgremium (ein nationales Expertise- und Untersuchungszentrum) Lösungen erarbeitet; zweitens ein *État pilote*, um via öffentlichen Mitteln direkt eingreifen und gegensteuern zu

können, wenn die von der Legislative beschlossenen Prioritäten außer Reichweite geraten. Drittens sollte der Staat ein *État prévoyant* sein, ein vorausschauender Staat, der vorbeugen soll, anstatt hinterher auf die Rolle als bloßer Ausfallgarant beschränkt zu sein. Und viertens wird er als ein *État partenaire* konzipiert, mithin als ein Staat, der alle Bürger in die Entscheidungsfindungsprozesse, die seinen Eingriffen und Steuerungstätigkeiten vorgelagert sind, mit einbezieht. In der Tendenz schwebt der PS eine »massive und erneuerte öffentliche Intervention« vor (vgl. Parti socialiste 2011). Zwar liegen den französischen Staatsvorstellungen eine spezifische Tradition und Landeskultur sowie eine Institutionenordnung zugrunde, die sich von anderen Staaten beispielsweise im angelsächsischen oder südeuropäischen Raum unterscheidet und den Glauben an die Regulierungsfunktion des Staates begünstigt – der politische Zentralismus mit Paris als unangefochtenem Mittelpunkt ist hierfür nur ein, wenn auch augenfälliges, Beispiel. Nichtsdestotrotz ist diese Diskussion der französischen Sozialisten ein deutlicher Fingerzeig auf einen allgemeineren Rückbezug auf staatliche Steuerungsleistungen und die neue Wertschätzung, die man innerhalb der europäischen Sozialdemokratien aktuell ganz generell mit den öffentlichen Institutionen verbindet.

Im Sinne des *État partenaire* geht es der Sveriges socialdemokratiska arbetareparti (Sozialdemokratische Arbeiterpartei Schwedens/SAP) vor allem darum, sicherzustellen, dass die Legitimationsquellen des Staates und der öffentlichen Institutionen nicht austrocknen. Zwar negieren auch die schwedischen Sozialdemokraten nicht die Bedeutung ökonomischer Effizienz für die Entwicklungspotenziale und die Funktionsfähigkeit eines Staatswesens, weshalb der Steigerung ihrer wirtschaftspolitischen Kompetenzwerte eine wesentliche Bedeutung für die SAP zukommt. Im Mittelpunkt des Strebens der Partei stehen aber die Würde und die Einflussmöglichkeiten des Einzelnen im Rahmen der staatlichen Ordnung. Basisdemokratische Teilhabeangebote und – dies vor allem – die gemeinwohlorientierte Einbettung der öffentlichen Entscheidungen (und der Ökonomie) sind dabei zentral, der Wert der Mitbürger rangiert vor dem des Marktes (vgl. Partiprogram för Socialdemokraterna 2001). Das schwedische Ideal ist folglich ein koordinierender Staat, der in einem vertieften Korporatismus Öffentlichkeit, Wirtschaft, Wissenschaft und Gewerkschaften einbindet und zusammenführt.

Dies ist nun überhaupt ein ganz bemerkenswerter Aspekt in den gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Reformkonzeptionen der sozialdemokratischen Parteien: Ein wiederkehrendes Motiv ist die Zusammenarbeit von Staat, Wirtschaft und Bürgern bei der Lösung sozioökonomischer Probleme, welche interessanterweise ausgerechnet in der expliziten Konkurrenzdemokratie Großbritanniens aktuell semantisch zur »Partnerschaft« veredelt wird. Gleichwohl zielt die britische Labour Party damit in just dieselbe Richtung wie etwa ihre dänische Schwesterpartei, nur dass die einen von *co-production* und die anderen von *samproduktion* sprechen. Bei beiden jedenfalls soll sich die neue Wirtschaftsordnung durch Kooperation statt Konflikt auszeichnen – ein Merkmal, das bisher zumeist nur mit den klassischerweise auf sozialpartnerschaftlichen Bündnissen zwischen Unternehmerverbänden und Gewerkschaften aufbauenden und für gewöhnlich großkoalitionär regierten Konkordanzdemokratien in Verbindung gebracht wurde.

3.3 Neue Konfliktorientierung?

Einerseits. Andererseits ist die Rhetorik mehrerer sozialdemokratischer Parteien im Vergleich zu ihrer Rhetorik während früherer Regierungsjahre deutlich konfliktorientierter geworden. Ein weiteres Mal das Beispiel der britischen Labour Party bemühend, zeigt sich eine Ablösung der Anrufung der »nationalen Gemeinschaft« und der appellativen Beschwörung einer *one nation* durch die Rückkehr eines Vokabulars, das Gegensätze herstellt und dem »wir« ein »sie« gegenüberstellt. Oder, in den Worten des Labour-Vorsitzenden Miliband: »Let me tell you what the 21st century choice is: Are you on the side of the wealth creators or the asset strippers? The producers or the predators?« (Miliband 2011a) Diejenigen, denen man vorwirft, die zentralen Werteprinzipien – durch Steuerhinterziehung, Bereicherung oder den Missbrauch der Sozialsysteme – zu unterlaufen, werden zu Antagonisten der anständigen, guten, fleißigen und solidarischen Gesellschaft gemacht. Insofern ist die Gleichsetzung von Bonusbankern und Räubern auch kein Indiz für die Wirtschaftsfeindlichkeit des neuen Kurses von Labour. Vielmehr geht es, Miliband zufolge, um den Gegensatz zwischen den »hard working people« und »those ripping off our society« (Miliband 2011b). Dies ist womöglich überhaupt der eigentliche Kern der »Politikerzählung« Labours nach Tony Blair und Gordon Brown: die Parteinahme für die hart arbeitenden Menschen, die

nach den Regeln spielen und die besorgt sind »about concentrations of private power in this country when it leads to abuses« (Ashton 2012).

Auch in Spanien ist der Ton des Partido Socialista Obrero Español (PSOE/Spanische Sozialistische Arbeiterpartei) gegenüber staatlichen Selbstbeschneidungen und den mit der Wirtschaftskrise gerechtfertigten Sozialkürzungen durch die bürgerliche Regierung deutlich rauer geworden. Die Oppositionsrolle, eine horrende Arbeitslosigkeit und die sozialpolitischen Sparmaßnahmen haben den PSOE wieder in eine Position gebracht, in der er sich als Schutzmacht der einfachen Leute zu profilieren versucht. Nicht ohne Erfolg: Bei den letzten Regionalwahlen konnten die wichtigen Regionalregierungen in Andalusien und Asturien gehalten werden – nach einem laut und konfliktreich ausgetragenen Wahlkampf zu den Themen »Sozialkürzungen«, »staatliche Schutzfunktionen« und »intervenierender Staat« (Witte 2012). Und dies, obwohl es die Sozialisten selbst waren, welche zuvor in ihrer Regierungszeit die ersten Sozialkürzungen vorgenommen hatten, was ihnen noch vor Jahresfrist einen herben Glaubwürdigkeitsverlust als Schutzmacht der kleinen Leute und eine desaströse Niederlage bei den nationalen Wahlen im November 2011 bescherte (Butzlaff 2012a).

Freilich: In den jeweiligen sozialdemokratischen Parteien gibt es auch eine zum Teil deutliche Kritik an der momentan dominanten innerparteilichen Mehrheitsposition in Staats- und Wirtschaftsfragen. So diagnostiziert etwa der Labour-Aktivist und Publizist Hopi Sen in seinen Essays über *The Black Labour*, dass zwar ständig die Rede davon sei, den Neoliberalismus einzuhegen, neue Konzepte zu entwickeln und systemtransformative Auswege aufzuzeigen. Im Bereich der konkreten Politik würden den hochtrabenden Ankündigungen dann aber kaum einmal ernst zu nehmende Vorschläge folgen. Daher sei es, so Sen, geboten, rhetorisch abzurüsten und eine klarere, weniger wolkige Sprache zu gebrauchen, im Original: eine »plainer language of structural reform« (Sen 2012: 22 f.).

4. Europa und die europäische Ebene: Fluchtpunkte nationaler Interessen

Europa als Orientierungsmarke und Lösungsinstanz spielt für sozialdemokratische Parteien seit 2008 – zu-

mindest, was die öffentlichen Sprachregelungen angeht – eine zentrale Rolle. Dies leuchtet auf den ersten Blick unmittelbar ein. In Zeiten, in denen die Nationalstaaten angesichts eines global vernetzten Kapitalismus in immer größere Schwierigkeiten geraten, gewinnt die Perspektive an Attraktivität, durch die Homogenisierung von Sozialstaatsregimen und Steuersystemen gemeinsam zumindest einen Teil der alten (sozial)staatlichen Gestaltungsmacht zurückzugewinnen.

Gleichwohl ist das Thema »Europa« für sozialdemokratische Parteien keineswegs unproblematisch. Nachweislich hat durch die anhaltende Spekulation über die drohende Pleite immer weiterer Mitgliedstaaten der Europäischen Union und die Gefahren, die davon auch für die heimischen Sparkonten und Guthaben ausgehen, ferner durch die Krisengipfelkonjunktur der Staats- und Regierungschefs sowie die Undurchschaubarkeit der gesamten Diskussion für den einfachen Durchschnittsbürger das Misstrauen gegenüber der europäischen Integration zugenommen. Am Nutzen des Einigungsprojektes zweifelt selbst die Bevölkerung der Krisenstaaten, da sie sich durch ein drastisches, von außen aufoktroiiertes Sanierungsprogramm kujoniert sieht. Gleichzeitig aber ist sowohl das Interesse an der EU als auch das Informationsniveau über europäische Vorgänge markant gestiegen. Die Europäische Union ist ihrer politischen Schattenexistenz entwachsen, ihr ist in der öffentlichen Debatte eine erhebliche Bedeutung zugewachsen, gerade indem sie zum Gegenstand des politischen Meinungsstreites geworden ist.

Der spanische Politikwissenschaftler und Zeitungskommentator Fernando Vallespín, welcher dem PSOE nahesteht, hält Europa darüber hinaus für das derzeit einzige Vehikel, eine Wiedererstarkung der Politik im Allgemeinen und der Parteien im Speziellen zu erreichen. Nur mit Bezug auf die europäische Ebene mache die Rhetorik vom Primat der Politik Sinn. Der *marco europeo* (europäische Rahmen) sei für linke Politik der einzige vernünftige Handlungskontext; im nationalstaatlichen Rahmen könne linke Politik einen Beitrag zur Weiterentwicklung der Demokratie nicht leisten, wenn die wichtigen Entscheidungen EU-weit autoritär getroffen würden. Glaubwürdigkeitszuwächse ebenso wie die notwendigen Kapazitäten und Fähigkeiten zur Zerschlagung der global verflochtenen gordischen Problemknoten ließen sich letztlich nur auf dem europäischen Parkett generieren. Vallespín nennt ausdrücklich den Wohlfahrtsstaat und

die Wettbewerbsfähigkeit als Beispiele für Problemkomplexe, die dem nationalen Regelungsrahmen längst entwachsen seien, und die zukünftig nur noch international und mindestens europäisch zu lösen seien.

4.1 Hoffnung der Eliten – Skepsis bei der Basis

Bezüglich Europas gebe es aber eben – so Vallespín – das Problem, dass in der breiten Bevölkerung das Vertrauen fehle, selbst bei großen Teilen der einfachen Parteianhänger, da zur EU keine belastbare emotionale Bindung bestehe, die mit dem nationalstaatlichen Patriotismus konkurrieren könne. Es müsse daher viel nachdrücklicher erklärt werden, dass es eben Europa sei, welches Demokratie und demokratische Politik in Zukunft garantiere (Butzlaff 2012b). Der hier zum Ausdruck gebrachte Zwiespalt in der Europafrage zwischen sozialdemokratischen Partieliten einerseits und einfachen Mitgliedern und Sympathisanten andererseits – hier die Europa-Hoffnung der Spitzenrepräsentanten, dort die Skepsis der Basis – findet sich in vielen der betrachteten Länder. In Dänemark versucht daher nun die neue sozialdemokratische Regierung unter Helle Thorning-Schmidt – die selbst als ehemalige Europaabgeordnete einen engen biografischen Bezug zu Europa besitzt – die Europaskepsis ihrer Partei mit einem neugeschaffenen Europaministerium und einem stärkeren Rekurs auf dieses Thema in der politischen Alltagsarbeit zu beruhigen (vgl. hierzu Hjortdal und Hartmann Eskesen 2011; vgl. auch Sozialdemokraterne 2012: 6).

Freilich: Auch auf Seiten der Partieliten folgen die Lobreden auf die europäische Integration nicht selten einem innenpolitisch motivierten taktischen Interesse. In Zeiten der Regierungsbeteiligung, fasst Christian Krell denn auch seine Deutung der Europapolitik der britischen, französischen und deutschen Sozialdemokratie in den 1980er und 1990er Jahren zusammen, »zeigt sich bei allen drei Parteien eine stärker instrumentell geprägte Perzeption der EGEU, als dies über weite Strecken der Oppositionsphasen der Fall war« (Krell 2009: 399).

Nun könnte man einwenden, dass die Zeit insofern gegenwärtig für mutige pro-europäische Visionen und ganzheitliche sozialdemokratische Forderungskataloge zur Vertiefung der europäischen Integration wieder günstig sei. Schließlich waren Sozialdemokraten im Dezember des Jahres 2011 nur in drei von 27 EU-Mitgliedstaaten

an der Regierung beteiligt. An eine möglicherweise bevorstehende Umsetzung der europapolitischen Visionen sozialdemokratischer Oppositionsparteien aber sollten dennoch selbst dann allenfalls gedämpfte Erwartungen gerichtet werden, wenn nach Frankreich im Herbst 2013 auch in Deutschland der Regierungswechsel gelingen sollte und sich die Exekutive auch in europäischen Leitstaaten infolgedessen wieder rot einfärben würde. Jedenfalls belegen vergleichende Betrachtungen der Europapolitiken sozialdemokratischer Parteien, dass sie – von internationalistischen Idealen aus der Frühzeit der Arbeiterbewegung unberührt – in den letzten drei Jahrzehnten Souveränitätsübertragungen an die europäische Ebene verlässlich abgelehnt haben, dass sie stattdessen europapolitisch Befürworter des Subsidiaritätsprinzips und der Regelungskompetenz möglichst kleiner Einheiten waren und insofern folgerichtig nicht selten auch mit der Forderung hervortraten, einzelne Politikbereiche wieder zu renationalisieren, das heißt in den Einflussbereich der Nationalstaaten zurück zu übertragen (vgl. auch Butzlaff und Micus 2011: 78–85).

4.2 Der Teufel im Detail

Gerade für den Themenbereich des Wohlfahrtsstaates, desgleichen für Fragen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit sowie – mit Abstrichen – der Steuersysteme, aber hat sich die europäische Ebene zunehmend zum Adressaten für die Problemdiagnosen, Handlungserwartungen und Alternativkonzeptionen der sozialdemokratischen Partieliten gemausert. Wenn nur die Wohlfahrts- und Wettbewerbsregime harmonisiert würden, so der Tenor, dann könne erstens der Konkurrenzdruck auf die Sozialsysteme entscheidend verringert und zweitens dem sozial- wie lohnpolitischen *race to the bottom* das Wasser abgegraben werden. Selbst in Schweden – einem Land mit einer im Hinblick auf die europäische Einigung überdurchschnittlich kritischen Bevölkerung – setzt sich die Vorstellung vermehrt durch, dass das Versorgungsniveau des schwedischen Wohlfahrtsstaates nur dann perspektivisch gesichert werden könne, wenn es gelinge, ihn in seinen elementaren Strukturmerkmalen europaweit auf andere Länder auszudehnen.

Gleichwohl: Dass Europa als Lösung für verschiedene Krisenphänomene allenfalls auf einer ganz abstrakten Ebene zwischen den verschiedenen sozialdemokratischen Parteien des Kontinents konsensstiftend ist, steht

auf einem anderen Blatt. Jedenfalls zeigt sich bereits bei einem flüchtigen Blick auf die verschiedenen Sozialdemokratien, wie schwierig eine europäische Handlungseinheit auch von sozialdemokratischen Regierungen tatsächlich herzustellen wäre. Viele Wählerschaften sind ausgesprochen europaskeptisch, freilich aus keineswegs immer deckungsgleichen Motiven heraus – die Gründe für ihre Abwehrhaltung gegen Europa reichen von der Ablehnung der Brüsseler Bürokratie und Arroganz bis hin zu gegensätzlichen Auffassungen über die eigene Lage in der globalisierten Welt. Die Briten etwa sind sich vielfach selbst genug, sie haben über den Wandel der Zeitläufte ein insulares Selbstbewusstsein konserviert, das keine Marginalisierungsängste kennt, die denen der politischen Eliten Kontinentaleuropas vergleichbar wären, denen eine europäische Gemeinsamkeit die Verteidigung der gewohnten globalen Bedeutung auch in Zukunft zu garantieren verspricht (vgl. Leithäuser 2011). Zwar gilt die Labour Party in Großbritannien selbst als vergleichsweise europafreundlich, dieser Eindruck ist aber ganz wesentlich dem politisch-kulturellen Umfeld geschuldet, einer weit überwiegend europakritischen Bevölkerung und dezidiert EU-aversen Tories. Wenn sich Labour-Politiker für die europäische Integration aussprechen, dann ist diese Fürsprache stets mit starken nationalen Beiklängen verbunden und mit rationalen Begründungen unterstrichen. So wie im Parteiprogramm für die Unterhauswahlen im Jahr 2010, in dem es hieß: »Wir glauben, dass Großbritannien in der Welt stärker ist, wenn die Europäische Union stark ist, und dass Großbritannien Erfolg hat, wenn es in Europa führt.« Indes: Neu ist das alles nicht, vielmehr handelt es sich um eine Fortschreibung gut bekannter Trends.

5. Freiheit, Gleichheit, Solidarität

Gleichermaßen verläuft die Interpretation der sozialdemokratischen Grundwerte ganz generell in den bekannten Bahnen. Freiheit, Gleichheit (Gerechtigkeit) und Solidarität hängen wechselseitig zusammen. Wirkliche Freiheit gibt es nicht ohne (Chancen-)Gleichheit, gerechte Gesellschaften basieren auf einer Ordnung der Freiheit, Solidarität setzt ganz grundsätzlich Gleichheit voraus und stiftet den notwendigen gesellschaftlichen Zusammenhalt in Freiheit. Dabei gibt es aber durchaus Differenzen im Detail. So besitzt in Frankreich »Freiheit« einen geringeren Stellenwert als »Gleichheit«, welche zuletzt Hollande als »Frankreichs Seele« bezeichnet hat. Auch

in Dänemark beziehungsweise den skandinavischen Ländern allgemein bildet Gleichheit das Fundament, auf dem Freiheit aufbaut: In einer Gemeinschaft mit gleichen Chancen ist jeder Mensch frei, seine Träume zu leben (vgl. Socialdemokraterne 2011: 5 f.). In Polen wiederum ist für den Sojusz Lewicy Demokratycznej (SLD) Freiheit vor allem die »Freiheit von etwas« und weit weniger die »Freiheit zu etwas«. Freiheit ist hier ein autonomer Bereich, ein Schutzraum vor staatlichen Eingriffen und insofern zuallererst Wahlfreiheit, Gewissensfreiheit, Religionsfreiheit, Reisefreiheit – und viel später erst Freiheit von materiellen Zwängen (vgl. Skrzypek 2012).³

Zudem: Im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise und einer gesteigerten gesellschaftlichen Aufmerksamkeit für wachsende Einkommensdifferenzen, verschärfte soziale Ungerechtigkeiten und vermehrte Armutsrisiken ist der sozialdemokratische Diskurs ein Stück weit nach links gerückt und weicher geworden. In Schweden wurde auf diese Weise zeitgleich mit der Finanzkrise und der Krise des Neoliberalismus der Wert der »Gleichheit« wieder zu einem Kernbegriff der SAP, der ab den 1980er Jahren nicht mehr sonderlich gebraucht zu werden und von dem der »Effektivität« abgelöst zu sein schien. Im aktuellen Programm der französischen PS, in diesem Jahr erst verabschiedet, kommt der Gleichheit eine hohe Bedeutung zu, Gerechtigkeit wird nicht auf Chancen-Gerechtigkeit reduziert, sondern umfasst auch die Verteilungsgerechtigkeit, und das Bekenntnis zu Solidarität zieht sich durch das gesamte Programm. Ganz sanft, harmonisch und friedfertig klingt es, wenn die Sozialdemokraten in Dänemark ihren Staat als das Land der gleichen Möglichkeiten (*de lige muligheders land*) definieren, in dem über kulturelle Klüfte hinweg Brücken gebaut würden, zwischen dänischen und anderen ethnischen Gruppen ebenso wie zwischen den verschiedenen Gesellschaftsschichten.

Andererseits heißt es im *Principprogram* der dänischen Sozialdemokraten aber auch, dass Unterschiede toleriert werden müssten (vgl. Socialdemokraterne 2011: 6). Überhaupt hat sich unter der Oberfläche einer veränderten Rhetorik an den Prämissen der Sozialdemokratien des Dritten Weges wenig verändert. Gleich geblieben ist die Betonung von individuellen Pflichten als Gegengewicht zu kollektiv gewährten Rechten. Das solidarische Geben

3. Eine vergleichende Analyse der ideologischen Vorstellungen der Mitgliedsparteien der SPE, Februar 2012, online einsehbar unter: http://www.feps-europe.eu/uploads/documents/20120315-short-article-on-progressive-values_DE.pdf (zuletzt eingesehen am 27.07.2012), hier 17 ff.



an die Gesellschaft, so kann man die allgemeine Entwicklung der letzten zwei Jahrzehnte zusammenfassen, ist wichtiger geworden, während die Inanspruchnahme von Solidarität, das Nehmen von der Gesellschaft an Gegenleistungen gekoppelt wurde.

6. Sozialdemokratische Utopie der Meritokratie

Letztlich sind »Leistung« und »Verantwortung« die Dreh- und Angelpunkte auch der aktuellen sozialdemokratischen Gesellschaftskonzeptionen. Daraus leitet sich ganz wesentlich die Bedeutung der Bildung ab. Deshalb richtet sich das Augenmerk so stark auf die Gleichheit der Startmöglichkeiten beziehungsweise Chancen. Dieser Fokus erklärt auch die Hoffnungen, die sich gegenwärtig mit »Fairness« verbinden – etwa in Italien oder in Großbritannien, wo die Geltung der Prinzipien der Chancengleichheit und der fairen Entlohnung erbrachter Leistungen etwas pathetisch als *Promise of Britain* firmiert. In Dänemark trug das Wahlprogramm des linken Parteienblocks vor der Parlamentswahl im vergangenen Jahr den Titel *En Fair Løsning* (»Eine Faire Lösung«).

Die Tatsache, dass der Begriff der Fairness in den Reden sozialdemokratischer Parteiführer zunehmend an die Stelle von Solidarität und Gerechtigkeit getreten ist und synonym für die traditionellen Leitwerte gebraucht wird, belegt erneut den anhaltenden Einfluss des Dritte-Weg-Denkens in der europäischen Sozialdemokratie und lässt Skepsis gegenüber den Mutmaßungen eines weitreichenden Linksschwenks angebracht erscheinen. Denn schließlich geht vom Prinzip der »Chancengleichheit« und von der Schaffung »fairer« Ausgangsbedingungen ganz offenkundig ein sehr viel weniger redistributiver Impetus aus als etwa vom Konzept der Solidarität, das auf die Verantwortung der starken für die schwachen Glieder einer Gesellschaft abhebt und dem Staat eine aktive Rolle dabei zugesteht, erstere für letztere materiell in die Pflicht zu nehmen. Dies gilt ganz unabhängig davon, dass auch die einer liberalen Denktradition entstammende Fairness mit moderat linken Politikinhalten gefüllt werden kann. So kann mit Steuerfairness beides begründet werden, Steuersenkungen ebenso wie ein progressives Steuersystem, mithin können als »fair« auch Steuererhöhungen für Spitzenverdiener tituliert werden. Nicht zuletzt lässt sich unter diesem Schlagwort ebenfalls

auf die gesamtgesellschaftliche Verantwortung der Elitegruppen verweisen.

Doch ändern diese Nuancierungen am Grundsätzlichen nichts. Unter dem Banner der Leistungsdoktrin sind aus den alten »Arbeiterparteien« moderne »Arbeitsparteien ohne Arbeiter« geworden. Denn Leistung wird weitgehend gleichgesetzt mit Arbeit, das Leistungspathos geht einher mit einer Orientierung auf die Arbeitenden, ebenso mit verschärfter Kontrolle und Sanktionierung von Arbeitslosen und – was in der Wahrnehmung fast das Gleiche ist, zumindest bei Langzeitarbeitslosen – von Arbeitsfaulen. Jeder soll sich anstrengen, wer nicht seinen Teil beiträgt, wird schnell des Missbrauchs und der Ausnutzung von Leistungen verdächtigt. Arbeit gilt den modernen Sozialdemokraten als »tugendhafte Tätigkeit«, ja als »Wert an sich«. Es ist infolgedessen der beflissene Arbeitnehmer, der besser gestellt und dessen soziale Inklusion garantiert werden soll. Die Problematisierung materieller Ungleichheit beschränkt sich, in diesem Sinne konsequent, ebenfalls weitgehend auf die »arbeitende« Bevölkerung, die für ihre Arbeitsleistung eine faire Entlohnung erhalten soll.

Das sozialdemokratische Ideal der Leistungsgesellschaft, wie es vor allem in Großbritannien, in abgewandelter und leicht abgeschwächter Form aber gleichfalls in den anderen hier betrachteten Ländern postuliert wird, ist nun freilich keineswegs unproblematisch. Schon in der Vergangenheit verschärfte die »Utopie der Meritokratie« (vgl. Marg und Walter 2012: 6–18) – wie man den Leistungsglauben nennen könnte – die sozialen Gegensätze. Die meritokratische Gesellschaft nimmt den unteren Klassen ihre früheren Ideologien des Widerstandes und beraubt sie einer gut geführten Partei, die sich der Interessen des »sozialen Unten« annehmen könnte. Beides, ein oppositionelles Programm und eine oppositionelle Partei, ist in der meritokratischen Gesellschaft verschwunden. Denn Ungleichheit ist in der meritokratischen Gesellschaft schließlich das Ergebnis einer für alle gleichen, daher gerechten Auswahl und Filterung.

Freilich sind in der meritokratischen Gesellschaft, welche die alte Klassengesellschaft überwinden sollte, die Klassendifferenzen stärker und tiefer ausgeprägt denn je. Die Einkommensunterschiede zwischen oben und unten haben sich denn auch in der jüngeren Vergangenheit verschärft. Begegnungen und Überschneidungen von Zugehörigen der jeweiligen Klassen finden kaum noch statt.

In der Chancengesellschaft verstehen sich die Aufsteiger im Zuge der Bildungsreformen der 1960er und 1970er Jahre nicht als kollektive Akteure, sondern als individuelle Jäger um die Beute der Erfolgsdividende. Mithin: Die Chancengesellschaft konterkariert Zugehörigkeiten und Solidarität.

»Im Grunde«, so Stine Marg und Franz Walter, »war es abzusehen: Der offene Zugang zu Chancen in einer ansonsten gleichbleibenden Gesellschaft mit riesigen Einkommensdifferenzen, Machthierarchien, Klassenunterschieden, Distinktionen in Rang, Reputation und Renommee muss zu einem rigorosen Ringkampf um weiterhin privilegiert angesiedelte Positionen führen« (Marg und Walter 2012: 17). Wer in dieser individualisierten Schlacht durch rigide Chancennutzung nicht mithält, hat rundum und für allemal verloren. Bildung ist die Heilsvision säkularer Gesellschaften, sie sei gleichzeitig aber auch, so Konrad Paul Liessmann, »(...) ein falscher Trost für schamlos so genannte Modernisierungsverlierer, die, weil ohne Bildung, damit auch an ihrem Schicksal selber Schuld waren« (Ebd.). Denn in der Meritokratie gelten Bildungsabständige und Arbeitslose als »gerecht gescheitert, weil sie im fairen Chancenwettbewerb versagt haben, also selbst für ihr negatives Schicksal verantwortlich sind, genauer: gemacht werden« (Ebd.).

7. Folgenlosigkeit wohlklingender Grundwerte-Kataloge

Die Definitionsansätze und Neubestimmungsversuche der – trotz kleinerer nationaler Abwandlungen, etwa in Polen, wo der Begriff »Solidarität« von der Solidarnosc-Bewegung und ihren Epigonen besetzt ist, weshalb der Sojusz Lewicy Demokratycznej (SLD Bund der Demokratischen Linken) den Begriff »Brüderlichkeit« vorzieht – verbindenden sozialdemokratischen Grundwerte Freiheit, Gleichheit und Solidarität sind darüber hinaus in zweifacher Hinsicht problematisch und, wenn man so will, aus zweierlei Gründen bisher weitgehend erfolglos geblieben. Zum einen ist die durch die Wirtschafts- und Finanzkrise angestoßene Rückbesinnung auf eine wieder stärker schützende, entschleunigende und entlastende Interpretation von Freiheit, Gleichheit und Solidarität für viele Wähler und insbesondere die im Streit geschiedenen ehemaligen Kernanhänger wenig glaubwürdig, gerade vor dem Hintergrund der Politik des zuvor jahrelang un-

beirrt gegangenen und dann ad hoc querfeldein verlassenen Dritten Weges.

Die skandinavischen Sozialdemokratien haben durch die Regierungspolitik in den vergangenen zwei Jahrzehnten ihren Ruf als Wohlfahrtsstaatsparteien arg ramponiert. Daher fällt es der schwedischen SAP heute schwer, den Protest gegen Privatisierungen im Wohlfahrtsbereich zu kanalisieren, weil sie es war, die diese Privatisierungen teilweise mit initiiert hat (vgl. Borgnäs 2012). Eine Erzählung, in der Wohlfahrt und Arbeit für alle gefordert wird, ist zwar in der SAP wieder aufgeflammt, sie ist aber nicht sonderlich glaubwürdig zu vertreten – auch weil eine Regulierung in den Bereichen Schule, Gesundheit und Arbeitsmarkt nach Jahren der stakkatohaften Beschwörung der Überdehnung der Staatsbürokratie breiten Teilen der Bevölkerung schwer vermittelbar ist (vgl. Borgnäs 2012). Gleichfalls können sich die Sozialdemokraten in Dänemark nur noch punktuell und in Abgrenzung zu den regierenden bürgerlichen Spar- und Konsolidierungskoalitionen als Wohlfahrtsstaatsparteien inszenieren. Durch die beschlossenen Einschnitte der Regierung und einer offensiven Kritik daran gelang es den Sozialdemokraten allerdings, wenn auch vielleicht nur vorübergehend, sich im jüngsten Wahlkampf im Jahr 2011 wieder stärker als »wahre« Verteidiger des Wohlfahrtsstaates darzustellen.

Der Abzug von zahlreichen Ressourcen aus den Grundlagenabteilungen der Parteien und das langjährige Desinteresse an begrifflicher Prägnanzarbeit haben die Hegemonie bürgerlicher Wertinterpretationen begünstigt und eine Situation herbeigeführt, in der sogar die Ausdeutung linker Schlagworte in den normativen Kategorien des gegnerischen politischen Lagers erfolgt. Das erklärt den starken ökonomistischen Einschlag der sozialdemokratischen Grundwerte und die Engführung selbst klassischer sozialdemokratischer Emanzipationsinstrumente auf die Erfordernisse der globalisierten Wirtschaft in Dänemark. Bezogen auf Bildung und Forschung etwa wird konstatiert, dass der hauptsächliche Grund für die expansiven Bildungsinvestitionen in der Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des jeweiligen Landes bestünde. Nicht anders werden in den Niederlanden, also in der Partij van de Arbeid (PvdA), Solidarität und Partizipation auf Wettbewerbsfaktoren beschränkt. Eine inklusive Gesellschaft, die jeden dazu einlädt, sich einzubringen und seine Talente zu entwickeln, so heißt es, sei schlicht auch ökonomisch leistungsfähiger. Und angesichts des demographischen Wandels könne man

es sich gar nicht mehr erlauben, das Potenzial von Menschen zu verschwenden.

An unverwechselbar sozialdemokratisch geprägten Begriffen besteht jedenfalls ein Mangel. Für Polen konstatiert der Ideenhistoriker Andrzej Mencwel, dass die polnische Linke längst nicht mehr über eine eigene Sprache verfüge. Stattdessen benutze sie vermeintlich linke Stereotypen, die auf den ersten Blick eingängig und griffig, doch in Wirklichkeit willkürlich und ohne Begründungszusammenhang seien. Manchmal ginge die Dominanz des rechten Diskurses gar so weit, dass unversehens auch Personen und Institutionen, die gemeinhin als links gelten, auf konservative Erklärungsmuster zurückgriffen. 2006 sind im Rahmen von anonymisierten Interviews die ideologischen Handlungsmotive von über hundert Angehörigen der Regierungsadministrationen von Jerzy Buzek (1997–2001) und Leszek Miller (2001–2004) untersucht worden. Bemerkenswerterweise ließ sich aus keinem der Interviews ein Wertekatalog ableiten, durch den sich die SLD-Eliten von den post-Solidarność-Eliten unterscheiden. Sozialdemokratische Werte, wenn sie überhaupt auftauchten, blieben stets auf die wenig präzise Phrase der »linken Einfühlsamkeit« beschränkt.

Eine unzureichende Klärung des eigenen Selbstverständnisses führt zu Unentschlossenheit. Die französische PS etwa forderte der Politikwissenschaftler Laurent Bouvet jüngst zu einer *reconquête* auf, einer entschlossenen »Wiedereroberung« der Arbeiter und einfachen Angestellten. In ihrem Programm für die Präsidentschafts- und Parlamentswahl versuchte die PS zwar, diese und ähnliche Aufforderungen umzusetzen – aber eben nur sehr zögerlich und verdruckst, keinesfalls mutig und energisch. So zielten die programmatischen Vorschläge der PS im Kern letztlich doch wieder vor allem auf die Mittelschicht, darunter die Angehörigen des Bildungssektors und hier vor allem die Lehrer. Im Ergebnis wirken dann Sozialdemokratien vielfach so wie die niederländische PvdA: als unschlüssige Kopie ernster gemeinter Bemühungen am linken parteipolitischen Rand. Die PvdA wird als zu weich, zu soft, zu wenig angriffslustig wahrgenommen. Die größte Oppositionspartei des Parlaments ist in Umfragen mittlerweile hinter dem »tatsächlichen Oppositionsführer«, der Socialistische Partij (SP), zurückgefallen. Die postmaoistische SP mit ihrem neuen Parteichef Emile Roemer hielt bei den jüngsten Parlamentswahlen über 90 Prozent ihrer Stimmen. Gerade auf sozialdemokratische Wähler übt sie eine starke Anzie-

hungskraft aus, hier wiederum insbesondere im gesellschaftlichen Segment der Geringverdiener, die zu etwa einem Drittel zur SP tendieren.

Und es ist ja auch keineswegs so, dass die Auslegungen der Grundwerte das praktische Verhalten, die konkrete Politik der sozialdemokratischen Parteien leiten würden. In Schweden etwa positioniert sich die Sozialdemokratie rhetorisch gerne klassenkämpferisch. Im Grunde aber ist sie eine durchweg pragmatische Partei, die sich frühzeitig mit der Marktwirtschaft arrangierte und Verstaatlichungsversuchungen nie anheimfiel. Im Gegenteil: Sie »förderte bewußt eine moderne, hochprofitable Exportindustrie, beherrscht von einflußreichen Familiendynastien. An den entsprechenden oligarchischen Besitzstrukturen versuchte man gar nicht erst ernsthaft zu rütteln« (Hinck 1998: 1167). Insofern sind die Kritik am »Markt« und die Forderung nach einer »Wirtschaftsdemokratie«, wie sie im Parteiprogramm der SAP erhoben werden, doch eher rhetorischer Natur.

Der polnische SLD gebraucht zwar ständig die Termini »links« und »Sicherheit« – wann man sich berechtigt dem einen zuordnet und durch welche Maßnahmen sich der andere realisieren lässt – bleibt aber gänzlich unbestimmt. Auch in Italien wird die Sprache platitudenhaft, sobald es um die Grundwerte geht. Orientierende, gar handlungsleitende Informationen enthält folgende Selbstbeschreibung des Partito Democratico jedenfalls nicht: »Unser Profil ist das Produkt dessen, was wir für Italien und Europa machen, indem wir die Werte und Interessen hochhalten, für die wir stehen« (Bersani 2012). Geradezu kuriose Ausmaße nahm der Zwiespalt zwischen programmatischer Rhetorik und politischer Praxis im Übrigen jahrzehntelang bei den französischen Sozialisten an, insofern sich die spätestens seit Mitterrand handzahn moderate und seit Jahren unter leitenden Angestellten und Professoren überrepräsentierte und insofern elitistische PS erst im Jahr 2008 endgültig vom Begriff der »Revolution« verabschiedete.

8. Das *window of opportunity* von Thinktanks und Stiftungen als Ideengebern

Als externe Ideengeber und Vordenker haben Thinktanks Konjunktur in Zeiten der Zustimmung- und Vertrauenskrise von Parteien, in denen den internen Aktivisten und Funktionären das Selbstbewusstsein abgeht, die eigenen

Belange selbst in die Hand nehmen und lösen zu können. In Frankreich beispielsweise gibt es derzeit rund 160 mehr oder weniger große Thinktanks. Die meisten von ihnen sind erst in der letzten Zeit entstanden. Zum einen gelten sie als Ausdruck einer »Epoche, der es an neuen Ideen mangelt« (Courtois 2012), zum anderen spiegeln sie die Parteienverdrossenheit wider. »Die politischen Parteien«, so kürzlich der Politologe Pascal Perrineau, »befinden sich in der Krise, ihre Mitgliederzahl ist sehr schwach, ihre Jugendorganisationen sind ausgeblutet, sie sind keine Ideen-Laboratorien mehr, sondern bürokratische Maschinen, die vor allem damit beschäftigt sind, Ämter zu verteilen. Es ist daher logisch, dass sich an ihrer Peripherie Debatten entwickeln.« (zitiert nach Courtois 2012). Und in Schweden erlebten die sozialdemokratischen Denkfabriken ihre Hochkonjunktur, als die SAP im Jahr 2006 die Wahl verlor und somit auch den Zugang zum Staatsapparat mit seinen wissenschaftlichen und analytischen Ressourcen (Andersson 2012). Dennoch wird den Thinktanks in nahezu allen untersuchten Ländern grob generalisierend insgesamt und allgemein nachgesagt, wenig Durchschlagskraft zu besitzen, einflussarm und für die wichtigen Entscheidungen weitgehend bedeutungslos zu sein.

In Wirklichkeit ist das Verhältnis zwischen Parteien, Politikern und Thinktanks etwas differenzierter. Wie empfänglich sozialdemokratische Parteien für Ratschläge von außen sind, wie bereitwillig sie die Empfehlungen ihnen nahestehender Denkwerkstätten aufnehmen, diskutieren und schließlich gegebenenfalls auch umsetzen, hängt nicht zuletzt davon ab, ob das berühmte »Gelegenheitsfenster« gerade offen steht. Mit anderen Worten: Ein Thema muss in den Kontext, das Umfeld, den Zeitgeist »passen«, um Beachtung zu finden und aufgegriffen zu werden.

Am Beispiel der französischen Sozialisten und des Thinktanks Terra Nova lässt sich die Bedeutung der Umfeldbedingungen für Erfolg oder Folgenlosigkeit externer Anstöße aufzeigen. So geht etwa die Idee, zur Nominierung des sozialistischen Präsidentschaftskandidaten 2012 Vorwahlen durchzuführen, auf Terra Nova zurück. Im Sommer 2009 startete diese Denkwerkstatt erste Initiativen dazu, unter anderem eine Petition, in der hundert Persönlichkeiten aus dem politischen und gesellschaftlichen Leben die PS aufforderten, das Prinzip der Vorwahlen einzuführen und dadurch den sozialistischen Präsidentschaftskandidaten für 2012 zu bestimmen. Die Peti-

tion, die in der Zeitung *Libération* veröffentlicht wurde, konnte im Internet von allen Bürgern unterzeichnet werden (Agence France Presse 2009). Die Vorsitzende der Sozialisten, Martine Aubry, die Vorwahlen zunächst ablehnend gegenübergestanden hatte (Barotte 2009), ließ sich durch den öffentlichen Zuspruch für die Kampagne überzeugen und stellte sich nach anfänglicher Skepsis persönlich an die Spitze der Vorwahlinitiative. Die Vorwahlen markierten denn auch einen spektakulären Erfolg für die Fürsprecher direktdemokratischer Partizipationselemente. Statt der im Vorfeld erwarteten eine Million Teilnehmerinnen und Teilnehmer beteiligten sich am ersten Wahlgang am 9. Oktober 2011 fast 2,7 Millionen Personen (vgl. Barotte und Bourmaud 2011), bei der zweiten und entscheidenden Runde eine Woche später waren es sogar 2,9 Millionen (vgl. Wesfreid und Karlin 2011). Berücksichtigt man, dass die Sozialistische Partei lediglich knapp über 200 000 Mitglieder besitzt, dann wird deutlich, wie viel Interesse die Abstimmung bei ihren Sympathisanten gefunden hat (vgl. Rossignol 2011).

Beim Thema »Integration« hingegen hatte sich Terra Nova zusammen mit dem Magazin *Respect Mag* Ende Januar dieses Jahres mit 16 Vorschlägen für ein »gemischtes Frankreich« (*France métissée*) an die Öffentlichkeit gewandt. Die Vorschläge, die unter anderem das Bildungs- und Wohnungswesen, den kulturellen Bereich und den Arbeitsmarkt betrafen, sollten vor allem die herkunftsunabhängige Chancengleichheit erhöhen und das Zusammenleben von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund verbessern. Ziel der Vorschläge war es, die Präsenz des Themas »Integration« im Präsidentschaftswahlkampf zu erhöhen (vgl. o. V. 2012; Vincent 2012). Allerdings: Über die bloße Berichterstattung in den Medien ging der gemeinsame Vorstoß des Thinktanks und der Zeitschrift nicht hinaus. Selbst im Internet fanden wahrnehmbare Debatten über die 16 Vorschläge nicht statt.

Auch eine Diskursinitiative zum Thema Studiengebühren fand kein Gehör. Als Ende August 2011, pünktlich zum Semesterbeginn, die studentischen Organisationen den Anstieg der Lebenshaltungskosten für Studenten beklagten, trat Terra Nova mit einem eigenen Vorschlag an die Öffentlichkeit: Die Einschreibengebühren sollten erhöht werden, um die Universitäten mit mehr Mitteln auszustatten (vgl. Jacqué 2011; Floc'h 2012). »Wir sind uns bewusst, hier ein Tabu zu berühren, aber wir müssen die Debatte eröffnen«, begründete Yves Lichtenberger, einer

der Verfasser des Terra Nova-Berichts, die Position zu den Einschreibegebühren. Doch letztlich griff keine Partei die Vorschläge auf, zu der von Terra Nova gewünschten Diskussion kam es nicht. Dies war wenig überraschend – vor der Präsidentschaftswahl wollte keine Partei mutwillig eine Auseinandersetzung mit den Vertretungen der Studierenden vom Zaun brechen.

8.1 Schwierige Situation und oft problematische Parteibeziehungen

An den hier gezeigten Beispielen soll deutlich gemacht werden, dass die Bedeutung und Funktion von Thinktanks für die Diskussion sozialdemokratischer Ideen und Konzepte keinesfalls deterministisch vorgegeben sind, sondern von den Gedankenschmieden von Fall zu Fall immer aufs Neue erarbeitet werden müssen. Analog zur Studie über sozialdemokratische Organisationsidentitäten (Micus 2010) reicht es nicht, zu periodisch aufflackernden Debatten reaktionsschnell ad hoc erarbeitete Beiträge beizusteuern und die eigenen Konferenzthemen in Analogie zur gesellschaftlichen Diskurskonjunktur auszuwählen. Relevanz für die Partei (oder die Öffentlichkeit) entfalten die Thesen und Ideen der Thinktanks nur dann, wenn sie sowohl in die Parteigeschichte eingebettet sind als auch an den Ist-Zustand der Partei anknüpfen, wenn es eine – und sei es auch nur vage – realistische Verwirklichungsperspektive gibt und zugleich die Parteifunktionsträger Interventionen ermutigen. Auch spielt das Vorhandensein einer sympathisierenden Medienöffentlichkeit eine gewichtige Rolle.

Das Vorkommen und die Wirkungskraft von Thinktanks in den hier betrachteten Ländern variieren zudem sehr stark. Im Gegensatz zu Frankreich liegt etwa in Tschechien die grundlegende Diskussion perspektivischer Ideen und Konzepte im Vorfeld der Sozialdemokratie brach. Die Stiftungslandschaft auf der linken Seite des politischen Spektrums ist übersichtlich⁴ und die traditionsreiche *Masarykova demokratická akademie* (MDA)⁵ – ein aus der Parteibildungsarbeit hervorgegangener, mittlerweile kleiner Thinktank – trifft oft auf das Desinteresse

der sozialdemokratischen Partei (*Česká strana sociálně demokratická/ČSSD*) und bleibt mit ihrem geringen Personalbestand und ihrer augenfälligen Finanzschwäche von der Unterstützung ausländischer Stiftungen abhängig. Auch in Polen ist die organisatorisch und institutionell an die Partei angegliederte Diskussion langfristiger Entwicklungsszenarien sowohl der Sozialdemokratie im Speziellen als auch des politischen Feldes im Allgemeinen nur wenig ausgeprägt. Und so bleiben Diskussionskreise und Kleinstiftungen wie das Breslauer Ferdinand Lasalle Centre für Social Thought⁶ in ihrer Wirkung und ihrem politischen Einfluss sehr beschränkt.

Mit der aus einer links-intellektuellen Debattenzeitschrift hervorgegangenen *Krytyka Polityczna*⁷ gibt es aber durchaus eine polnische Plattform, die das jüngere Spektrum einer modernen Linken in Polen anspricht. Die Themenpalette reicht dabei von grundsatzprogrammatischen Fragen bis hin zu Kunst, Historie und Kulturphilosophie und bindet über selbst betriebene Kulturzentren, in denen Veranstaltungen, Ausstellungen, Kinovorführungen etc. stattfinden, die Interessenten auch lebensweltlich ein. Die führenden Köpfe der Bewegung sind mittlerweile in den polnischen Medien bekannte und regelmäßig publizierende Autoren und Kommentatoren, deren Stimmen beachtet werden. Nur: All dies geschieht in Abgrenzung und ohne große Kontaktfläche zur sozialdemokratischen SLD. Als Ideengeber für diese fällt die *Krytyka Polityczna* aus. Diese Rolle möchte sie auch gar nicht spielen, stattdessen meidet sie den polnischen Linksbund, empfindet sie dessen Politik und seine Repräsentanten doch als unglaublich und unehrlich.

Die in den letzten Jahren europaweit verstärkt zu beobachtenden Versuche, durch die Mobilisierung einer großen Anzahl von Mitwirkenden, Experten und Sympathisanten ein breiteres Kompetenzspektrum einzubinden und zeitgeistige Modernität auszustrahlen, setzen die aus der Vergangenheit bekannten und oben beschriebenen Erfolgs- oder Misserfolgskriterien dagegen nicht außer Kraft. Der französische Thinktank *Laboratoire des Idées* beispielsweise möchte über die ehrenamtliche Tätigkeit von insgesamt etwa 800 Experten und Wissenschaftlern in 30 Arbeitsgruppen gemeinsam mit sogenannten *innovateurs du quotidien* (Erneuerer des All-

4. Neben der MDA existieren beispielsweise nur *Cesta – centrum pro sociálně tržní ekonomiku a otevřenou demokracii*, gegründet 2011, sowie *Glopolis*, gegründet 2004, die sich dem linken politischen Spektrum zuordnen.

5. Vgl. <http://www.masarykovaakademie.cz/> (zuletzt eingesehen am 18.06.2012).

6. Vgl. http://lassalle.org.pl/?page_id=7&lang=en (zuletzt eingesehen am 18.06.2012).

7. Vgl. <http://www.krytykapolityczna.pl/> (zuletzt eingesehen am 18.06.2012).

tags) (Paul 2009) und der Zivilgesellschaft die Parteientwicklung intellektuell vorbereiten und begleiten. Doch auch hier bleibt die entscheidende Frage, inwieweit sich die Parteiführung gegenüber einer solchen Intention überhaupt öffnet. Häufige Wechsel an der Thinktank-Spitze jedenfalls deuten auf eine schwierige Gratwanderung hin, da sie jeweils mit dem Hinweis auf eine desinteressierte und blockierende Partei begründet wurden (zitiert nach Alliès 2009).

Kurzum: Die Stiftungslandschaften ebenso wie die Umfeldbedingungen für die Arbeit sozialdemokratisch orientierter Thinktanks und Stiftungen variieren innerhalb des betrachteten Ländersets sehr stark. Die strukturell erfolgreichen Unternehmungen, wie etwa die vom Soziologen José Félix Tezanos geleitete Fundación Sistema, die mit der Zeitschrift *Temas para el debate*⁸ eine in der spanischen Öffentlichkeit vergleichsweise viel beachtete Publikation herausgibt, bleiben eher die Ausnahme. Die Zusammenarbeit zwischen Parteien und Thinktanks bleibt oft punktuell und unsystematisch und lässt erhebliches Potenzial durch Reibungsverluste und Desinteresse brachliegen.

9. Variationen einer neuen Erzählung

Das Feld neuer sozialdemokratischer Erzählungen gleicht auch deshalb insgesamt einem recht kargen Acker. Doch gibt es auch hier beträchtliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Landesparteien. Während der Samen der visionären Erneuerung in einigen Ländern auf einen fast vollkommen unfruchtbaren Boden fällt, sprießen in anderen Ländern einige interessante Pflänzchen – wobei der britische Grund derzeit die reichste Frucht hervorzubringen scheint.

9.1 Kommunitaristisches Vernetzungsstreben

So spielt die Labour Party nicht zufällig eine führende Rolle bei der auch in anderen sozialdemokratischen Parteien geführten Debatte über Sinn und Nutzen einer kommunitaristischen Stärkung lokaler Zusammenschlüsse und Gemeinschaften. Der Kommunitarismus – oder, wie

es bei Labour heißt, der *social-ism* im Unterschied zum historischen *socialism* – besteht in einer Betonung von nachbarschaftlicher Gemeinschaft und zwischenmenschlicher Verantwortung. Gefordert wird eine dezentralistische Stärkung der kommunalen Institutionen ebenso wie der Zivilgesellschaft. Der lokale Raum gilt den Kommunitaristen als der Ort, an dem die Prinzipien von Fairness und gemeinwohlorientierter Verantwortung, mithin das vielbeschworene *something for something*, eine konkrete Gestalt annehmen.

Für die sozialdemokratischen Parteien bedeutet der Kommunitarismus eine strategische Ausrichtung auf Graswurzelarbeit, auf Kooperationen mit zivilgesellschaftlichen Initiativen und die Ermächtigung der Parteibasis, schließlich den Versuch, im Alltagsleben der Menschen eine stärkere Rolle zu spielen und sich Elemente des ursprünglichen Bewegungscharakters wieder anzueignen. In Abgrenzung zu den Konservativen dient die Betonung der lokalen Gemeinschaft dabei nicht der schlichten Entlastung der staatlichen Zentralbürokratie von Aufgaben und Kosten. Vielmehr wird die »relationale« Macht der kommunalen Netzwerke als Gegengewicht gegen die Macht der Märkte und des großen Geldes gedacht. Zugleich freilich implizieren die kommunitaristischen Konzepte – die bei einem Teil der britischen Labour Party als »demokratischer Kollektivismus« firmieren, bei den dänischen Sozialdemokraten »Wohlfahrtsgesellschaft« (vgl. Sozialdemokraterne 2012) genannt werden und in Schweden im »Mitbürgerwert« zum Ausdruck kommen – für den Einzelnen auch die Übernahme von Verantwortung und fixieren insofern wieder den zivilgesellschaftlich engagierten, um das Gemeinwohl bedachten, hart arbeitenden Leistungsträger, der sich um die Gemeinschaft bemüht, statt sich bloß auf sie zu verlassen.

Der Kommunitarismus weist insofern weitreichende Überschneidungen mit den neuen Wertorientierungen der heutigen Sozialdemokratien auf, was seine Übernahme in das strategische Repertoire der Vertreter dieser Parteifamilie plausibel und schlüssig macht. Der Kommunitarismus begründet darüber hinaus die neue sozialdemokratische Sympathie für konzertierte Aktionen von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Kommunitaristische Konzepte sind Harmoniekonzepte. Denn der Kommunitarismus predigt die (lokale) Gemeinschaft – statt polarisierter Klassen –, die Symbiose von ökonomischer Effizienz und sozialer Gerechtigkeit – statt deren Gegenüberstellung – und die wechselseitig verbindende Ver-

8. *Temas* ist eine Debattenzeitschrift, die monatlich an vielen Spanischen Kiosken in einer Auflage von aktuell etwa 25 000 erscheint, siehe <http://www.fundacionsistema.com/Pubs/Magazine.aspx?ID=3> (zuletzt eingesehen am 18.06.2012).

antwortungsübernahme – statt anonymisierender Individualität.

In Frankreich bringt die PS diese partnerschaftliche, harmonische, Nähe stiftende Seite des Kommunitarismus auf die Begriffe »Sozialismus der Beziehungen« (*socialisme de la relation*) sowie »gegenseitiges Kümmern« (*soin mutuel*). *Soin mutuel* beschränkt sich dabei nicht auf den Bereich des Wohlfahrtsstaates, sondern soll ganz generell zu einem besseren Miteinander und zur Realisierung einer guten Gesellschaft beitragen. Der Begriff verknüpft die soziale mit der demokratischen Frage und besagt, dass Demokratie nur dann echt ist, wenn sie sozial ist und nicht nur ein Zusatz, Appendix oder Rahmen des Marktes. Die französischen Sozialisten sehen infolgedessen die Notwendigkeit, wieder stärker zwischenmenschliche Beziehungen zu knüpfen, Solidarität ist ihnen die Grundlage von (sozialer) Gerechtigkeit. Politische Maßnahmen sollen zu konkreten Verbesserungen der Lebenssituation führen; als mögliche Maßnahmen werden unter anderem die Gleichbehandlung von Mann und Frau in der Lohnfrage und erweiterte Rechte im Pflegefall sowie bei der Kinderbetreuung verhandelt. Dadurch soll die Axt an die Wurzel der zeitgenössischen Übel gelegt werden, geht doch das Konzept gegenseitigen Kümmerns davon aus, dass die Vertrauenskrise in Frankreich eine Krise der sozialen Beziehungen ist und in der Angst gründet, zu geben, ohne im Gegenzug die Aussicht zu besitzen, dafür etwas zurückzubekommen.

9.2 »Gute Arbeit« und Innovationen in der Vermittlungstätigkeit

Einige weitere interessante Entwicklungen bei den Sozialdemokratien des Post-Dritten-Weges zeigen sich im Hinblick auf die Wertschätzung der Arbeit. Während für die sozialdemokratischen Parteien des Dritten Weges »Arbeit« per se einen Gewinn darstellte und ihre problematischen, das heißt belastenden und entfremdenden Seiten ausgeblendet wurden, propagieren sozialdemokratische Politiker aktuell wieder stärker die Bedeutung »guter« Arbeitsbedingungen. Nicht zuletzt der Vorsitzende der deutschen SPD, Sigmar Gabriel, hatte auf dem Parteitag in Berlin im Dezember 2011 diesen neuen Ton angeschlagen, als er die Forderung erhob, dass »nie wieder« eine sozialdemokratische Partei »den Wert der Arbeit in Frage stellen (dürfe)« (zitiert in Sattar 2011).

Besonders signifikant sind diesbezüglich die Entwicklungen in Italien. Im Partito Democratico (PD) hat sich eine Parteiströmung herausgebildet, deren Leitbild den Titel »Il Lavoro prima di tutto« (»Die Arbeit zuerst«) trägt. Zu dieser Strömung, die dem Parteisekretär Bersani nahe steht, gehört unter anderem Stefano Fassina, im Präsidium des PD verantwortlich für »Arbeit und Wirtschaft«. Die Strömung wird als *Giovani Turchi* (Jungtürken) oder *Quarantenni* (Vierzigjährige) bezeichnet. Fassina ist Autor eines Buches mit gleichnamigem Titel (vgl. Fassina 2012), in dem er argumentiert, dass die aktuelle Krise nicht so sehr in der Finanzkrise begründet liege, sondern in einem Rückgang der Wertschätzung gegenüber der Arbeit. Diese dürfe nicht nur als Ware verkauft werden, sondern sei als Ausdruck menschlicher Kreativität weit mehr. Die neoliberalen Ideen seien durch die Wirtschafts- und Finanzkrise endgültig widerlegt, der Markt müsse – auch international – reformiert, ein anderes Europa geschaffen werden. Wenn die Bedingungen der Arbeit nicht verbessert würden, gebe es keinen Ausweg aus der Krise. Mithin: Schlechte Arbeitsbedingungen sind für die italienischen »Jungtürken« kein Motor, sondern ein Hemmschuh wirtschaftlicher Entwicklung.

Im Grenzbereich zwischen inhaltlicher und organisatorischer Reform zeigen sich gleichfalls ein paar Innovationen, die wir nicht verschweigen wollen. So in Polen: Hier bereitet das Lassalle-Zentrum in diesem Jahr in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung sein bislang umfangreichstes Projekt vor: ein sozialpolitisches Lesebuch für Praktiker sozialdemokratischer Politik. Die fertige Publikation soll in ihrem theoretischen Teil zunächst eine Definition sozialdemokratischer Werte und Grundannahmen vornehmen. In den folgenden Kapiteln werden aus diesen Grundannahmen anschließend konkrete sozialpolitische Maßnahmen abgeleitet. Begleitet wird der Entstehungsprozess des Buches von mehreren Seminaren, während derer die Autoren der einzelnen Buchkapitel ihre Vorstellungen und Annahmen gemeinsam mit Politikern des SLD, Gewerkschaftsvertretern sowie linken Wissenschaftlern und Repräsentanten sozialpolitisch tätiger Nichtregierungsorganisationen diskutieren sollen. Es bleibt abzuwarten, wie die polnische Linke dieses Angebot zur Diskussion und anschließend auch das fertige Buch für die eigene Arbeit nutzen wird, interessant aber erscheint der Ansatz allemal. Und in Dänemark veröffentlichten die Sozialdemokraten im März 2012 drei für Aufsehen sorgende Papiere unter der Überschrift *Dänemark von hier bis zum Jahr 2032 (Danmark herfra til år*

2032). Damit wollten (und wollen) die Sozialdemokraten unter ihren Mitgliedern und in der dänischen Gesellschaft eine Debatte anstoßen, wie und mit welcher Politik sich das Land unter sozialdemokratischer Führung weiter entwickeln soll – auch dies eine weiter zu beobachtende, momentan vielversprechend erscheinende Herangehensweise.

9.3 Fortschrittsfragezeichen, der Mitbürgerwert und die Gleichheit

Kurzum: Wenn es auch keine neue, in sich geschlossene Meistererzählung gibt, so gibt es doch zumindest Elemente einer neuen Erzählung. Insofern lassen sich einige Hinweise geben beziehungsweise Vorschläge machen, wie die sozialdemokratischen Kernbegriffe alternativ gefüllt werden könnten. Zunächst einmal muss der Begriff des »Fortschritts« neu ausbuchstabiert werden. Der Fortschrittseifer, wie ihn die Sozialdemokraten seit den 1990er Jahren an den Tag legen, die Idealisierung des Progressiven, desgleichen ihre die realen Entwicklungen kritiklos nachvollziehende Wandlungsakzeptanz, führen zu Überforderung, Unsicherheit, geistiger Entleerung, nicht zuletzt auch zur Vertiefung der gesellschaftlichen Spaltung und schließlich zu unmündigem, unemanzipiertem Verhalten. Es würde für die Sozialdemokraten daher darauf ankommen, stattdessen wieder »Fortschrittsfragezeichen« (Walter 2010) zu setzen. Eine Politik, die den Bedürfnissen nach Bewahrung, Sicherheit, Überschaubarkeit entgegenkommt, entlastet, auch verlässlich stabile Institutionen entlasten. Und das Votum gegen die scheinbaren Sachzwänge technisch-ökonomischen Fortschritts drückt Eigensinn, Freiheit und Würde aus.

Sodann hat die moderne Sozialdemokratie den Wert der Erwerbsarbeit verabsolutiert und dadurch überdehnt. Entlang der Linie Arbeitende versus Nicht-Arbeitende hat sie die Bevölkerung geschieden in die arbeitenden und also »guten« Bürger und die »schlechten« weil arbeitslosen Bürger. Die Reformen des Dritten Weges zielten darauf, Arbeitende zu belohnen und den Druck auf die Arbeitslosen zu erhöhen, jede angebotene Erwerbsarbeit anzunehmen, egal wie belastend und gering entlohnt sie auch immer sei. Die alte, marxistisch inspirierte Sozialdemokratie wusste demgegenüber noch, dass Arbeit nicht nur gut und schön sein muss, sondern auch als entfremdend empfunden werden kann, dass viele Jobs belastend, quälend, elend sind. Insofern würde es für

die Sozialdemokratie in Zukunft darauf ankommen, das gegenwärtige Dogma der Erwerbsarbeit zu überwinden und den Menschen in den Mittelpunkt zu rücken, seine Würde, Selbstentfaltung, eben Emanzipation. Natürlich, aus ihrer Arbeit schöpfen viele Menschen auch positive Empfindungen: das Gefühl, gebraucht zu werden, Stolz, Selbstbewusstsein, nicht zuletzt die Zufriedenheit durch soziale Kontakte, Kollegialität, Freundschaften (vgl. dazu exemplarisch Walter 2011b: 58 ff). Es geht daher nicht um eine Verneinung, sondern um eine Relativierung des Wertes der Arbeit – und es geht darum, den Arbeitsbegriff zu erweitern, damit er über den engen Bereich bezahlter Erwerbsarbeit hinaus auch das Spektrum unbezahlter, ehrenamtlicher Aktivitäten zu erfassen vermag. Anknüpfungspunkte gibt es einige, unter anderem eben eine breite wissenschaftliche Debatte über den Ersatz des verengten Arbeitsbegriffes durch die weiter gefasste Kategorie der »Tätigkeit«, an welche die schwedischen Sozialdemokraten mit ihrem »Mitbürgerwert« anknüpfen.

Schließlich kann im Gefolge der Wirtschafts- und Finanzkrise mit der Mär aufgeräumt werden, dass Privateigentümer ihre Leistungen per se billiger und effizienter erbrächten als der Staat. Die Politik der Privatisierung war keineswegs kostengünstig – und dies zu keiner Zeit: Zu Anfang beruhten die Privatisierungsschübe auf kräftigen Subventionen seitens des Staates, später trugen Staat und Gesellschaft das Risiko, die Gewinne kassierten die Privatunternehmen. Das bedeutet, ein intakter Staat und Wohlfahrtsstaat ist nicht nur wichtig für gesellschaftliche Integration und sozialen Frieden sowie für die allen zugutekommenden Dienstleistungen. Der Staat ist auch kein ineffizientes bürokratisches Monster, sondern – das ist eine Staatsbestimmung, wie sie in Kreisen der französischen Sozialistischen Partei (PS) kursiert – erstens ein *État stratège*, ein planerischer Staat, der Probleme antizipiert und durch Expertengremien Lösungen erarbeitet. Zweitens ist er ein *État pilote*, der direkt eingreift und gegensteuert, wenn die von der Legislative beschlossenen Prioritäten außer Reichweite zu drohen geraten. Drittens soll der Staat ein *État prévoyant* sein, ein vorausschauender Staat, der vorbeugen soll, statt stets hinterher als eine Art Ausfallgarant zu fungieren. Und viertens ein *État partenaire*, ein eingreifender, steuernder Staat, der alle Bürger in seine Entscheidungsfindungsprozesse mit einbezieht.

Seit rund zwei Jahren gibt es darüber hinaus eine Debatte über »Gleichheit«. Angestoßen wurde sie durch

das Buch *Gleichheit ist Glück: Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind* von Kate Pickett und Richard Wilkinson (vgl. Pickett und Wilkinson 2010). Gleichheit, das zeigen diese beiden Autoren, ist kein sozialistisches Enteignungsprogramm, sie ist vielmehr auch und gerade für die Mittelschichten gut. In gleichen Gesellschaften leiden weniger Menschen unter psychischen Problemen, durchschnittlich erfreut sich die Bevölkerung einer längeren Lebenserwartung und die schulischen Leistungen der Kinder sind besser. Bemerkenswert ist zudem, dass mehr Gleichheit keinesfalls die Eigeninitiative der Bürger lähmt. Ganz im Gegenteil, Gleichheit ermutigt zu Engagement und Mobilität; soziale Gerechtigkeit und individuelle Flexibilität schließen sich also nicht wechselseitig aus, sondern gehören zusammen.

Dieses Buch, das in den von uns betrachteten sozialdemokratischen Parteien mehrheitlich zur Kenntnis genommen und auch diskutiert wurde, liegt weitgehend auf der Linie der modifizierten Deutung von sozialer Gleichheit. Auch in den Parteizentralen der Sozialdemokratie gilt – zumindest in einem ganz grundsätzlichen Sinn – Verteilungsgerechtigkeit nicht mehr als Widerspruch zu wirtschaftlicher Effizienz. Ganz im Gegenteil: Eine zu tiefe soziale Spaltung wird als ökonomisch schädlich bewertet, da sie den betrieblichen Frieden störe, die Konsumnachfrage hemme, die Arbeitsmotivation reduziere und insgesamt an der Spitze wie am unteren Ende der Gesellschaft die Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme für das Gemeinwohl vermindere. Weshalb ein Mehr an sozialer Gleichheit nicht nur in moralischen Kategorien richtig, sondern auch aus ökonomischen Gründen wichtig sei.

Doch vermögen diese Debatten bisher nicht recht die politische Praxis der Sozialdemokratien zu befruchten, sie werden weitgehend akademisch geführt, bleiben aber in der Praxis folgenlos und verpuffen insofern rasch wieder. Bleibende Spuren hinterlassen sie nicht, wie exemplarisch der Diskussionsverlauf in der niederländischen PvdA zeigt. Ein Scheitern, das dort jedoch auch dem Buch von Pickett und Wilkinson selbst angekreidet wird, böte es doch jenseits großer Linienführungen keinerlei konkrete Vorschläge, so dass es zwar als Inspirationsquelle taue, nicht jedoch als Anleitung zur Umsetzung praktischer Maßnahmen geeignet sei.

9.4 Blue Labour und die Good Society

Es bleibt zudem zu bilanzieren, dass die allermeisten Versuche zur Neukonzeption des Sozialdemokratischen bisher entweder Schlagworte bleiben, die zunächst noch mit Inhalt gefüllt werden müssten – oder dass sie innerhalb der Grenzen überkommener Konfliktlinien und klassischer Gruppengegensätze verharren. Eine der wenigen nennenswerten Ausnahmen von dieser Regel stellt die Debatte über Blue Labour und die Good Society dar, wie sie seit einigen Jahren vorzugsweise in Großbritannien und – über internationale Diskussionszirkel vermittelt, wenngleich mit geringerer Intensität – in letzter Zeit auch in Deutschland und Skandinavien geführt wird (zu diesen Debatten vgl. Blond 2010; Philpot 2011; Davis 2011; Meyer und Rutherford 2012). Die schon erwähnte Vorreiterrolle der britischen Labour-Partei im europäischen Vergleich ergibt sich nicht zuletzt daraus, dass hier gleichfalls die Konservativen, ihrerseits angetrieben von den Erfolgen von New Labour unter Tony Blair, intensiv an Neudefinitionen ihres gesellschaftlichen Ortes, ihrer politischen Rolle und perspektivischen Ziele feilen und so auch die Labour Party zu Neu- und Positionsbestimmungen drängen (vgl. Michelsen 2012). Zumal eben die britischen Konservativen mit ihrer progressiven Agenda der rechten Mitte, zu deren Kernelementen – zumindest rhetorisch – die Abwendung von einem dogmatischen Wirtschaftsliberalismus, das Bekenntnis zum regulativen Wohlfahrtsstaat sowie die Hinwendung zu grünen Umweltthemen gehören, jüngst den Regierungswechsel geschafft haben (vgl. Blond 2010). In Reaktion auf genau diesen modernisierten und sozialdemokratisierten Konservatismus – treffend als Red Toryism bezeichnet – entwickelten mit der Labour Party verbundene Sozialwissenschaftler das Gegenmodell eines durch konservative Werte angereicherten Sozialdemokratismus, den sie konsequenterweise Blue Labour titulierten.

In einem engen thematischen und teilweise auch personellen Zusammenhang mit Blue Labour steht der Diskurs über die Gute Gesellschaft (*good society*), der sich vor rund sechs Jahren auf einer Tagung britischer Sozialdemokraten entspann. Durch ein gemeinsames Papier (vgl. Cruddas und Nahles 2012) des Labour-Abgeordneten Jon Cruddas und der SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles erhielt er zusätzlichen Schwung und wird seither unter Beteiligung der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem Thinktank Compass insbesondere auf der Internet-

seite des *Social Europe Journal*⁹ geführt. Obwohl beide Debatten nicht identisch sind, weisen sie doch zahlreiche Überschneidungen bei den beteiligten Personen und propagierten Werten auf, bei den Problemdiagnosen wie auch den skizzierten Lösungsvorschlägen der sozialdemokratischen Krise (vgl. Meyer und Spiegel 2010).

9.5 Lokales, Tradition und Selbstorganisation

Vor dem Hintergrund des Wirtschafts- und Finanzcrashs hat sich – wenig verwunderlich – das Bild, das sich die Sozialdemokraten von den freien Kräften des Marktes machen, verglichen mit dem strahlenden Optimismus der Vorjahre, wieder getrübt. Offen wird vor allem der Finanzkapitalismus kritisiert und werden die Einhegung und strikte Regulation der Marktkräfte diskutiert; auch Gedanken über alternative Wirtschaftsordnungen sind nicht mehr tabu. Überraschender mutet schon die Staatskepsis der Beteiligten an, die der Kritik des Marktes zur Seite gestellt wird. Dies schon allein deshalb, weil auch ausgewiesene Parteilinke führend an den Debatten beteiligt sind, bei denen Staat und Zentralinstitutionen nicht selten bis dato zum guten Ton gehört hatten. Die angestrebte Gute Gesellschaft ist aber eben durchaus nicht als Staatssozialismus gedacht. Auch ein (zu) zentralistischer Wohlfahrtsstaat wird in seiner Gestalt als bürokratischer Apparat in den beiden Debatten kritisiert, da er auf die Vielfalt konkreter Einzelschicksale nicht angemessen reagieren könne, Eigeninitiative blockiere und die zivilgesellschaftliche Selbstorganisation hemme.

Darum aber geht es den sozialdemokratischen Konzeptdenkern vor allem: um die Förderung von Selbstorganisation (vgl. exemplarisch Cruddas 2012). Im Zentrum stehen lokale wie kommunale Zusammenschlüsse und Gemeinschaften, die Menschen miteinander verbinden, sie aktivieren und ihre Gemeinsamkeiten erkennen lassen – und die grundlegenden Werte Reziprozität, Solidarität und Gegenseitigkeit mit Leben und Sinn füllen. Aus der Bevorzugung von Kommune und Gemeinschaft ergeben sich die kennzeichnenden Merkmale der Guten Gesellschaft. Und in der Aufforderung, sich auf lokaler Ebene zusammenzuschließen, selbst tätig zu werden, wurzelt der Antikapitalismus der Post-Dritte-Weg-Sozialdemokraten, der sich aus der Sorge speist, dass die Grundlagen gemeinschaftlichen Handelns durch die Vermarkt-

lichung sämtlicher Lebensbereiche unterminiert würden. Er begründet die Ablehnung zentralistischer Vereinheitlichung und abstrahierender Universalismen zugunsten lokaler Variationen, praktischer Gemeinschaftserlebnisse und konkreter Organisationserfahrungen. So wird auch die Pluralismuskritik in den programmatischen Entwürfen begründet, da gegenseitiges, auch auf persönlichen Kontakten beruhendes Vertrauen und Solidarität ein Übermaß an Fremdheit nicht ertragen würden.

Die Diskussionen um Blue Labour und Good Society zielen also auf ein verändertes Institutionenverständnis ab, um so ein Umfeld zu schaffen für die Verwirklichung dieser Werte im alltäglichen Zusammenleben. Dabei wird oft und gern auf die Vergangenheit der Arbeiterbewegung als Inspirationsquelle und Wurzel der eigenen Erzählung Bezug genommen (vgl. exemplarisch Becker 2012; Hunt 2011: 61–79). Hier müsse man ansetzen und Anleihen nehmen, um Konzepte für eine bessere Wirtschaftsorganisation und eine stärkere gesellschaftliche Einbindung auch derjenigen zu erreichen, die der Sozialdemokratie in den letzten Jahrzehnten von der Fahne gegangen sind.

In engem Zusammenhang mit dem Gemeinschaftsdenken steht insofern auch der Konservatismus der Ansätze sozialdemokratischer Neubegründung, die Ablehnung der technokratischen Progressivität des Dritten Weges, die Betonung von Nation und Familie sowie die Absicht, das Gute und Bewährte zu konservieren. Eben dieser Traditionalismus könnte die Ideen etwa für die neuen Unterschichten attraktiv machen, für die Schlagworte wie »Globalisierung«, »Bildung« und »Flexibilität« eher eine Bedrohung denn eine Verheißung darstellen. Zumal der Rückbezug auf einen ursprünglichen, frühindustriellen und von den Mitte-Rechts-Parteien vergessenen Konservatismus ein Bekenntnis zum Arbeitsethos des Facharbeitertums und zu einem breitgestreuten Volkseigentum einschließen – inklusive nostalgischer Erinnerungen an die Arbeiterklassensolidarität in der Frühzeit der Bewegung, als sich die sozialdemokratische Bewegung auf ein dichtes Organisationsnetz stützen konnte (vgl. Glasman 2011: 14–34).

Die Visionen von der Guten Gesellschaft sind aber auch für die Mittelschichten und Bessergebildeten attraktiv, aus deren Reihen Forderungen nach stärkerer Basisbeteiligung und Bürgerpartizipation am lautesten erhoben werden. Die Gute Gesellschaft soll sich nicht zuletzt durch mehr Mitbestimmung auszeichnen – die

9. <http://www.social-europe.eu/> (zuletzt eingesehen am 18.06.2012).

assoziierten Bürger sind als effektive Gegenmacht gegen übermächtig scheinende Marktkräfte und Staatsbürokratien gedacht (vgl. Cruddas und Nahles 2009; Rutherford 2011: 88–105). Daraus ergibt sich ein ganz modernes Verständnis von Gerechtigkeit, die sich letztlich nicht in der Chancengleichheit oder einer gerechten Verteilung des Wohlstandes erschöpft. Vielmehr will sie die Bürger von ungewollter Fremdbestimmung befreien, ihnen die Kontrolle über das eigene Leben zurückgeben und Staatseingriffe auf solche Bereiche und Anlässe beschränken, für die die Regierenden von aktiv sich einmischenden Bürgern ermächtigt worden sind. Zudem: Das Parteienbild der Guten Gesellschaft ist in etwa das der in jüngster Vergangenheit europaweit vielversprechend erprobten Kümmererparteien.

Die Debatten über die Gute Gesellschaft und Blue Labour zeigen, dass die Sozialdemokraten zuletzt wieder ein größeres Verständnis für die Notwendigkeit von Balancen entwickelt haben: zwischen Pragmatismus und Visionen, Traditionalität und Moderne, Sicherheit und Öffnung. Die Betonung selbstorganisierten Handelns, die Besetzung von Werten wie »Familie« und »Heimat« sowie das Bewusstsein von den Gefahren allzu weitgehender kultureller Heterogenität lässt Möglichkeiten erahnen, wie den Sozialdemokraten das Management des Widersprüchlichen und der erfolgsnotwendige Spagat zwischen unterschiedlichen Wählermilieus in der Zukunft wieder gelingen könnte.

Im Übrigen: Nicht nur in Großbritannien, auch in Dänemark und Deutschland sind die Diskussionen um die *good society* und – in Teilen – Blue Labour von den sozialdemokratischen Parteien aufgegriffen worden. In Deutschland hat die SPD punktuell versucht, auf lokaler Ebene über *organizing*-Konzepte – die aus der Gewerkschaftsarbeit übernommen wurden – die Parteiarbeit wieder zu beleben und den Ausbau persönlicher Netzwerke von Sympathisanten in Selbstorganisation zu unterstützen (vgl. dazu Butzlaff 2012c). Und in Dänemark hat die Sozialdemokratie im März 2012 ein Programmpapier zur Zukunft des Wohlfahrtsstaates verabschiedet, welches dezidiert Anleihen bei den britischen Diskussionen und nicht zuletzt auch bei den Überlegungen der britischen Konservativen nimmt. Der Grundstein für die institutionelle Entwicklung ist demnach – und abermals – die Dezentralisierung von Macht und Entscheidungsbefugnis, um so Kommunen und einzelne Bürger stärker einzubinden und mit Verantwortung auszustatten. Institutionen

sollten auf diese Weise nicht *für* die Menschen erdacht und bereitgestellt werden, sondern in einem staatlich gewährleisteten Rahmen *von* und *mit* den Bürgern gestaltet werden können. Die demokratische Legitimität der Institutionen soll über einen stärkeren Einbezug der Bürger gewährleistet, ihre Effektivität durch die größere Nähe zu den Nutznießern öffentlicher Dienstleistungen gesichert werden (vgl. Sozialdemokraten 2012b). Zwar hat dies auch den Nebeneffekt, dass über die Verpflichtung der Leistungsfähigen der Gesellschaft der Wohlfahrtsstaat auf der Ausgabenseite entlastet wird, woraus sich die Parallelen zur konservativen Vision einer Wohlfahrtsgesellschaft (vgl. Sozialdemokraten 2012b) (anstelle des überkommenen Wohlfahrtsstaates) ergeben. Die spezifisch sozialdemokratische Note stellt aber die Garantie eines Substitutionsverbotes dar, das heißt, staatliche Aufgaben sollen nicht durch die Überantwortung an die Zivilgesellschaft *ersetzt*, sondern die zivilgesellschaftliche Einbindung zur qualitativen Verbesserung der öffentlichen Fürsorge *eingesetzt* werden. »A new kind of statecraft« (Pierce 2012), eine neue Staatskunst, ist hier Nick Pierce zufolge das Stichwort. Diese Mischung aus weniger zentralistischen Institutionen, der stärkeren Betonung lokaler Partizipation, Mitsprache und Selbstorganisation, der Erinnerung an die eigene Bewegungshistorie sowie konservativen Bezügen zu Familie und Heimat bildet unserer Ansicht nach den Kern des aktuell interessantesten sozialdemokratischen Zukunftsbildes, das sich bei einem Blick aus der Vogelperspektive auf die europäische Sozialdemokratie identifizieren lässt.

Und dennoch: Dass die Gute Gesellschaft aber tatsächlich die sozialdemokratische Meistererzählung der nächsten Jahrzehnte sein wird, ist damit noch nicht gesagt. Ebenso wenig, ob es überhaupt wünschenswert ist, in einer auf diese Weise entworfenen Guten Gesellschaft zu leben. Wenn Tony Blair noch im vergangenen Jahr die Ansicht vertrat, die Trennlinie zwischen der »guten« und der »schlechten« Gesellschaft verlaufe nicht mehr zwischen linken und rechten Politikpräferenzen, sondern zwischen »richtiger« und »falscher« Politik, so kollidiert diese Einschätzung frontal mit der pluralistischen Grundlage jeder demokratischen Politik und Gesellschaft, in der es eben keine einzige Wahrheit gibt und folglich auch keine unumstrittene Bestimmung einer richtigen, wahren oder guten Politik, die einem falschen, unwahren und schlechten Pendant gegenübergestellt werden könnte (vgl. zum Beispiel Kavanagh 2007: 3–15, hier 10). Ralf Dahrendorf stellte in diesem Sinne bereits vor über einem



Jahrzehnt fest, dass bei Realisierungen »guter Gesellschaften« ständig die Gefahr eines autoritären Abdriftens bestehe – jedenfalls bei den »von oben« gemachten guten Gesellschaften. »Der verordnete Einschluss Aller macht Andersdenkende zu Kriminellen und raubt den Vielen jene Chancen und Freuden, die nur eine freie, offene Gesellschaft vermitteln kann. Lebenswert sind Gesellschaften nur, wenn ihre Qualität das Werk ihrer Bürger ist. Da ist vieles machbar, aber eben dort, wo Menschen leben, und nicht dort, wo Regierende dirigieren.« (Dahrendorf 2000) In der Betonung des »Werks der Bürger« liegt hier wohl die Chance für eine sozialdemokratische Erzählung.



Literaturverzeichnis

- Agence France Presse** (2009): Terra Nova lance l'appel des 100 en faveur d'une primaire populaire à gauche, 25.08.2009.
- Alliès, Stéphane** (2009): Au PS, le laboratoire des idées perd l'une de ses têtes, in: *mediapart.fr*, 21.12.2009, online einsehbar unter <http://www.mediapart.fr/journal/france/211209/au-ps-le-laboratoire-des-idees-perd-lune-de-ses-tetes> (zuletzt eingesehen am 18.06.2012).
- Andersson, Jenny** (2012): Framtidsproducenterna, in: *Tiden* vom 8. Dezember 2011, online einsehbar unter: <http://tidenmagasin.se/artiklar/framtidsproducenterna/> (zuletzt eingesehen am 18.06.2012).
- Ashton, Emily** (2011): Ed Miliband declares »new centre ground«, auf: *independent.co.uk*, 10.07.2011, online einsehbar unter: <http://www.independent.co.uk/news/uk/politics/ed-miliband-declares-new-centre-ground-2310187.html> (zuletzt eingesehen am 25.06.2012).
- Barotte, Nicolas** (2009): Montebourg lance le débat sur les primaires. Martine Aubry a exprimé des réserves et estime que la priorité est au projet, in: *Le Figaro*, 20.06.2009.
- Barotte, Nicolas/Bourmaud, François-Xavier** (2011): Hollande, champion de la gauche. Le député de Corrèze a remporté largement, hier, la primaire du PS face à Martine Aubry, in: *Le Figaro*, 17.10.2011.
- Becker, Frans** (2012): *What is of value? The Dutch Debate on Social Democratic Basic Values*, 20.03.2012, online einsehbar unter: <http://www.social-europe.eu/2012/03/what-is-of-value-the-dutch-debate-on-social-democratic-basic-values/> (zuletzt eingesehen am: 18.06.2012).
- Bersani, Pier Luigi** (2012): Non siamo in ricerca di DNA, in: *La Repubblica*, 14 Februar 2012 (Online-Ausgabe).
- Blond, Philip** (2010): *Red Tory. How Left and Right have broken Britain and how we can fix it*, London.
- Borgnäs, Kajsa** (2012): Mitteilung von Borgnäs, Kajsa vom 26. März 2012.
- Butzlaff, Felix** (2012a): Interview von Felix Butzlaff mit Nicolas Sartorius in Madrid, 05.03.2012, Interviewtranskript.
– (2012b): Interview von Felix Butzlaff mit Fernando Vallespin in Madrid, 06.03.2012, Interviewtranskript.
– (2012c): Abkehr vom Stellvertretermodell, in: *Indes. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft*, H.1/2012, S. 97–104.
- Butzlaff, Felix/Micus Matthias** (2011): Der europapolitische Januskopf der Sozialdemokratie, in: *Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik*, H. 4/2011, S. 78–85.
- Butzlaff, Felix/Micus, Matthias/Walter, Franz** (Hrsg.) (2011): *Genossen in der Krise? Europas Sozialdemokratie auf dem Prüfstand*, Göttingen.
- Courtois, Gérard** (2012): Les think tanks, des idées en l'air, in: *Le Monde*, 07.01.2012.
- Cruddas, Jon** (2012): *The Good Society*, 14.05.2012, online einsehbar unter: <http://www.social-europe.eu/2012/05/the-good-society/> (zuletzt eingesehen am: 18.06.2012).
- Cruddas, Jon/Nahles, Andrea** (2009): Die gute Gesellschaft. Das Projekt der demokratischen Linken, in: *Der Freitag*, 08.04.2009.
- Cruddas, Jon/Nahles, Andrea** (2012): *Building the Good Society. The Project of the Democratic Left*, online einsehbar unter http://www.lwbooks.co.uk/journals/soundings/social_europe/building%20good%20society.pdf (zuletzt eingesehen am 18.06.2012).
- Dahrendorf, Ralf** (2000): Zwei Gasthäuser in jeder Straße, in: *Die Zeit*, H.41/2000.
- Davis, Rowenna** (2011): *Tangled up in Blue. Blue Labour and the Struggle for Labour's Soul*, London.
- Fassina, Stefano** (2012): *Il lavoro prima di tutto*, Rom.
- Floc'h, Benoît** (2012): L'enseignement supérieur oublié?, in: *Le Monde*, 25.02.2012.
- Glasman, Maurice** (2011): Labour as a radical tradition, in: Maurice Glasman u. a. (Hrsg.): *The Labour Tradition and the Politics of the Paradox*, Oxford.
- Harrop, Andrew** (2012): The economic alternative. The politics and policy of a fair economy, London.
- Hinck, Gunnar** (1998): Schwedens CDU, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 43 (1998) 10, S. 1167 – 1170.
- Hjortdal, Marie/Hartmann Eskesen, Annelise** (2011): Wammen får nyoprettet ministerpost, 02.10.2011, online einsehbar unter: <http://politiken.dk/politik/ECE1410744/wammen-faar-nyoprettet-ministerpost/> (zuletzt eingesehen am 25.06.2012)
- Hunt, Tristram** (2011): Reviving our sense of mission: designing a new political economy, in: Robert Philpot (Hrsg.): *The purple book. A progressive Future for Labour*, London.
- Jacqué, Philippe** (2012): Deux think tanks proposent d'augmenter les droits d'inscription à l'université, in: *Le Monde*, 24.08.2011.
- Kavanagh, Dennis** (2007): The Blair Premiership, in: Selden, Anthony (Hrsg.): *Blair's Britain 1997–2007*, Cambridge.
- Krell, Christian** (2009): *Sozialdemokratie und Europa. Die Europapolitik von SPD, Labour Party und Parti Socialiste*, Wiesbaden.
- Labour Party** (Hrsg.) (2011): A better future for Britain. *National Policy Forum*, 25 June 2011.
- Leithäuser, Johannes** (2011): Glückselig isoliert, in: *FAS*, 11.12.2011.
- Marg, Stine/Walter, Franz** (2012): I + E = Lw. Meritokratie: Die Alltagsutopie der neuen Mitte, in: *Indes. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft*, H.2/2012.
- Meyer, Henning/Rutherford, Jonathan** (Hrsg.) (2012): *The Future of European Social Democracy. Building the Good Society*, London.
- Meyer, Henning/Spiegel, Karl-Heinz** (2010): *Die Gute-Gesellschaft-Debatte. Wie weiter mit der Sozialdemokratie?*, Berlin, Mai 2010, abrufbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/id/tpa/07224.pdf> (zuletzt eingesehen am 03.09.2012).

Michelsen, Danny (2012): *Kommunitarischer Konsens?*, 22.02.2012, online einsehbar unter: <http://www.demokratie-goettingen.de/blog/kommunitarischer-konsens/print/> (zuletzt eingesehen am 18.06.2012).

Michelsen, Danny/Walter, Franz (2011): *Beyond New Labour? Zur Selbstfindung der britischen Sozialdemokratie*, in: Butzlaff, Felix/Micus, Matthias/Walter, Franz (Hrsg.): *Genossen in der Krise? Europas Sozialdemokratie auf dem Prüfstand*, Göttingen 2011,

Micus, Matthias (2010): *Organisationsidentität und -reform sozialdemokratischer Parteien in Europa*, Berlin.

Miliband, Ed (2011a): Parteitage 2011.

- (2011b) Responsibility speech, 13.06.2011.
- (2012): Speech on the economy, 10.01.2012 in London.
- (2010): Rede vor dem National Policy Forum in Gillingham, 27.11.2010, online einsehbar unter: <http://labourlist.org/2010/11/ed-milibands-npf-speech/> (zuletzt eingesehen am 18.06.2012).

o. V. (2011): Ed's dangerous dream, in: *The Economist*, 01.10.2011 online einsehbar unter: <http://www.economist.com/node/21530975> (zuletzt eingesehen am 18.06.2012).

o. V. (2012): 16 propositions pour faire bouger la République, in: *respectmag.com*, 24.01.2012, online einsehbar unter <http://www.respectmag.com/2012/01/24/16-propositions-pour-faire-bouger-larepublique-5894> (zuletzt eingesehen am 29.02.2012).

Partiprogram för Socialdemokraterna (2001): Partiprogram för Socialdemokraterna. Antaget vid partikongressen 2001, online einsehbar unter: <http://www.socialdemokraterna.se/upload/Central/dokument/pdf/V%C3%A5rt%20parti/partiprogram.pdf> (zuletzt eingesehen am 25.04.2012).

Parti socialiste (2011): *Le changement*, avril 2011, online einsehbar unter: http://www.parti-socialiste.fr/static/11519/le-projet-socialiste-pour-le-changement-en-2012-adopte_0.pdf?issuul=ignore (zuletzt eingesehen am 25.04.2012).

Paul, Christian (2009): zit. nach Martin, Julien/Servenay, David: *Le Lab du PS: vraie boîte à idées ou moulin à vent?*, in: *Rue89*, 21.06.2009.

Pickett, Kate/Wilkinson, Richard (2010): *Gleichheit ist Glück: Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind*, Hamburg.

Pierce, Nick (2012): New times, new thinking, in: *New Statesman*, 26.03.2012, online einsehbar unter: <http://www.newstatesman.com/uk-politics/2012/03/social-tax-spending-services> (zuletzt eingesehen am 18.06.2012).

Philpot, Robert (Hrsg.) (2011): *The purple book. A progressive Future for Labour*, London.

Poulet, Bernard (2012): Laurent Bouvet – »Le peuple est devenu un problème pour la gauche«, in: *L'Expansion*, 01.02.2012.

Rutherford, Jonathan (2011): The Future is Conservative, in: Maurice Glasman u. a. (Hrsg.): *The Labour Tradition and the Politics of the Paradox*, Oxford.

Rossignol, Pascal (2011): Primaire PS: Hollande et Aubry engagent la bataille du 2e tour, in:

L'express.fr, 09.10.2011, online einsehbar unter: http://www.lexpress.fr/actualite/politique/directprimaire-ps-le-scrutin-est-clos_1038523.html (zuletzt eingesehen am 12.03.2012).

Rothstein, Bo (2009): Därför går det så dåligt för socialdemokraterna, in: *Efter arbetet* vom 10. Juli 2009, online einsehbar unter: <http://efterarbetet.etc.se/debatt/d%C3%A4rf%C3%B6r-g%C3%A5r-det-s%C3%A5-d%C3%A5ligt-f%C3%B6r-socialdemokraterna> (zuletzt eingesehen am 18.06.2012).

Sattar, Majid (2011): Ein weiter Bogen nach links, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 05.12.2011.

Sen, Hopi (2012): Moral capitalism also needs to be practical capitalism, in: Harrop, Andrew (Hrsg.): *The economic alternative*, London.

Skrzypek, Ania (2012): *Grundwerte der Sozialdemokratie – Eine vergleichende Analyse der ideologischen Vorstellungen der Mitgliedsparteien der SPE*, online einsehbar unter: http://www.feps-europe.eu/uploads/documents/20120315-short-article-on-progressive-values_DE.pdf (zuletzt eingesehen am 27.05.2012).

Socialdemokraterne (2012): *Danmark herfra til år 2032. Danmark i Europa*, Frederiksberg 2012.

- (2012b): *Danmark herfra til år 2032. Prioriteringer på værdsområdet*. Frederiksberg.
- (2011): *Principprogram. Hånden på hjertet*, Frederiksberg 2011.

Vincent, Elise (2012): Les seize propositions de »Respect Mag« et »Terra Nova« pour une »France métissée«, in: *Le Monde*, 25.01.2012.

Walter, Franz (2011): *Vorwärts oder abwärts? Zur Transformation der Sozialdemokratie*, Berlin.

- (2011b): *Nicht mehr Partei der Entrechteten und Ausgegrenzten?*, in: Hensel, Alexander/Kallinich, Daniela/Rahlf, Katharina (Hrsg.): *Parteien, Demokratie und gesellschaftliche Kritik*. Jahrbuch des Göttinger Instituts für Demokratieforschung 2010. Stuttgart.
- (2010): *Sozialdesolate Partei Deutschlands*, in: *Spiegel online*, 11.03.2010, online einsehbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/krise-der-spd-sozialdesolate-partei-deutschlands-a-682832.html> (zuletzt eingesehen am 18.06.2012).

Wesfreid, Marcel/Karlin, Elise (2011): *Hollande intime*, in: *L'Express*, 19.10.2011.

Wintour, Patrick (2012): Ed Balls risks union anger in push to bolster Labour's economic credibility, in: *The Guardian*, 14.01.2012.

Witte, Lothar (2012): *Andalusien bleibt sozialistisch*, FES Madrid, März 2012, interner Kurzbericht.



Über die Autoren

Felix Butzlaff ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung.

Dr. Matthias Micus ist Akademischer Rat am Göttinger Institut für Demokratieforschung.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationale Politikanalyse | Abteilung Internationaler Dialog
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Gero Maaß, Leiter Internationale Politikanalyse

Tel.: ++49-30-269-35-7745 | Fax: ++49-30-269-35-9248
www.fes.de/ipa

Bestellungen/Kontakt hier:
info.ipa@fes.de

Die Internationale Politikanalyse (IPA) ist die Analyseeinheit der Abteilung Internationaler Dialog der Friedrich-Ebert-Stiftung. In unseren Publikationen und Studien bearbeiten wir Schlüsselthemen der europäischen und internationalen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Unser Ziel ist die Entwicklung von politischen Handlungsempfehlungen und Szenarien aus der Perspektive der Sozialen Demokratie.

Diese Publikation erscheint im Rahmen der Arbeitslinie »Internationaler Monitor Soziale Demokratie«, Redaktion: Jan Niklas Engels, Jan.Engels@fes.de; Redaktionsassistent: Nora Neye, Nora.Neye@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN 978-3-86498-280-4